

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 31/2024

1. August 2024

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Zweite Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Änderung der ESF Plus-Richtlinie Zukunft berufliche Bildung vom 12. Juli 2024 846

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Änderung der FRL Investitionen Teilhabe vom 11. Juli 2024 847

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über einen Antrag auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung Gemarkung Schlettau vom 29. Mai 2024 848

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zum Vollzug der Verordnung zur Regelung des Verfahrens bei Zulassung und Überwachung industrieller Abwasserbehandlungsanlagen und Gewässerbenutzungen über die Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis für die Einleitung von industriellem Abwasser der Lausitz Energie Kraftwerke AG in die Faule Pfütze Gz.: 41-8618/1038 vom 16. Juli 2024 849

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen vom 18. Juni 2024 Gz.: 20-2217/23/11 vom 18. Juli 2024 851

Neufassung der Satzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen (Verbandssatzung) vom 18. Juni 2024 852

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen Gz.: 20-2217/113/10 vom 18. Juli 2024 858

Verbandssatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen 858

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landratsamtes Erzgebirgskreis zur Genehmigung der Elften Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Abwasser „Schlematal“ – ZAST vom 10. Juli 2024 868

Elfte Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Abwasser „Schlematal“ – ZAST vom 18. April 2024 869

Bekanntmachung des Landratsamtes Görlitz über die Genehmigung der 1. Änderung der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft Löbau vom 8. Juli 2024 870

1. Änderung der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft Löbau 871

Bekanntmachung des Landratsamtes Mittelsachsen über die Genehmigung der Vereinbarung über die Umgliederung der Flurstücke 633/1 und 633/2 der Gemarkung Hartmannsdorf und des Flurstückes 787a der Gemarkung Mühlau vom 9. Juli 2024 872

Bekanntmachung des Landratsamtes Mittelsachsen über die Genehmigung der 1. Änderung der Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Freiberg und der Gemeinde Weißenborn über die Mitbenutzung der Grundschule Weißenborn vom 8. Juli 2024 873

1. Änderung der Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Weißenborn und der Stadt Freiberg über die Mitbenutzung der Grundschule Weißenborn 874

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Zweite Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Änderung der ESF Plus-Richtlinie Zukunft berufliche Bildung

Vom 12. Juli 2024

I.

Die ESF Plus-Richtlinie Zukunft berufliche Bildung vom 17. Mai 2022 (SächsABl. S. 695), die durch die Richtlinie vom 30. Juni 2023 (SächsABl. S. 990) geändert worden ist, enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 21. November 2023 (SächsABl. SDr. S. S 300), wird wie folgt geändert:

1. In Ziffer I Nummer 2 wird die Angabe „9. Dezember 2021 (SächsABl. S. 1723)“ durch die Angabe „9. Mai 2023 (SächsABl. S. 576)“ ersetzt.

2. Ziffer V wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:
„Art und Umfang, Höhe der Zuwendung“

b) Nummer 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Buchstabe a wird das Wort „Anteilsfinanzierung“ durch das Wort „Anteilfinanzierung“ ersetzt.

bb) In Buchstabe b wird im vierten Spiegelstrich die Angabe „30 Prozent“ durch die Angabe „40 Prozent“ ersetzt.

3. In der Anlage wird in Nummer 7 Buchstabe b die Angabe „Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe c“ durch die Angabe „Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe c“ ersetzt.

II.

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 12. Juli 2024

Der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
In Vertretung
Thomas Kralinski
Staatssekretär

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Änderung der FRL Investitionen Teilhabe

Vom 11. Juli 2024

Die FRL Investitionen Teilhabe vom 13. Dezember 2022 (SächsABl. 2023 S. 17), die zuletzt durch die Richtlinie vom 25. März 2024 (SächsABl. S. 386) geändert worden ist, enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 30. November 2023 (SächsABl. SDR. S. S 306), wird wie folgt geändert:

I.

1. Teil 1 wird wie folgt geändert:

- a) Ziffer I Nummer 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
„Der Freistaat Sachsen gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie und der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der §§ 23, 44 und 44a der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, sowie der Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDR. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 20. Dezember 2023 (SächsABl. 2024 S. 97) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 1. Dezember 2023 (SächsABl. SDR. S. S 253), Zuwendungen für investive Maßnahmen zur Förderung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.“
- b) Ziffer I Nummer 4 wird wie folgt geändert:
 - aa) Buchstabe a wird wie folgt gefasst:
 - „a) Verordnung (EU) 2023/2831 der Kommission vom 13. Dezember 2023 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L vom 15.12.2023, S. 1)“
 - bb) Buchstabe b wird wie folgt gefasst:
 - „b) Verordnung (EU) 2023/2832 der Kommission vom 13. Dezember 2023 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen (ABl. L. vom 15.12.2023, S. 1)“
 - cc) Buchstabe d wird wie folgt gefasst:
 - „d) Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Bei-

hilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1) in der Fassung der Verordnung (EU) Nr. 2023/1315 der Kommission vom 23.06.2023 (EU-ABl. L 167/1 vom 30.6.2023)“

- c) Nach Satz 3 wird folgender Satz eingefügt:
„Unternehmen in Schwierigkeiten sind Unternehmen, auf welche mindestens einer der Umstände nach Artikel 2 Nummer 18 Buchstabe a bis e AGVO zutrifft.“
2. In Teil 3 wird nach Satz 3 folgender Satz eingefügt:
„Diese Richtlinie tritt am 30. Juni 2031 außer Kraft.“
3. Die Anlage 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 2 wird die Angabe „2 bis 5“ durch die Angabe „2, 3 und 5“ ersetzt.
 - b) In Nummer 6 wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:
„Auf die beihilfefähigen Kosten oder Ausgaben erhobene, erstattungsfähige Mehrwertsteuer wird jedoch bei der Ermittlung der Beihilfeintensität und der beihilfefähigen Kosten nicht berücksichtigt.“
 - c) Nummer 8 wird wie folgt gefasst:
„8. Veröffentlichung (Artikel 9 AGVO)
Informationen über jede Einzelbeihilfe von über 100 000 Euro werden in der Regel binnen sechs Monaten nach dem Tag der Gewährung der Beihilfe in der Beihilfetransparenzdatenbank der Europäischen Kommission oder auf einer umfassenden nationalen oder regionalen Beihilfe-Website veröffentlicht.“
 - d) In Nummer 10 wird die Angabe „31. Dezember 2023“ durch die Angabe „31. Dezember 2026“ und die Angabe „30. Juni 2024“ durch die Angabe „30. Juni 2027“ ersetzt.
 - e) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
„Sollte die zeitliche Anwendung der AGVO ohne die Beihilferegulation betreffende relevante inhaltliche Veränderungen verlängert werden, verlängert sich die Laufzeit entsprechend, aber nicht über den 31. Dezember 2028 hinaus.“

II.

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 11. Juli 2024

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Petra Köpping

Landesdirektion Sachsen
Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über einen Antrag auf Erteilung einer Leitungs-
und Anlagenrechtsbescheinigung
Gemarkung Schlettau
Vom 29. Mai 2024

Die Landesdirektion Sachsen gibt bekannt, dass der Abwasserzweckverband „Oberes Zschopau- und Sehmatal“, Talstraße 55, in 09488 Thermalbad Wiesenbad, einen Antrag auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen gemäß § 9 Absatz 4 des Grundbuchbereinigungsgesetzes vom 20. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2182, 2192), das zuletzt durch Artikel 158 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, gestellt hat.

Der Antrag (Az.: 32-0552/33/11) betrifft die vorhandene Regenwasserleitung im Stadtgebiet Schlettau einschließlich Zubehör, Sonder- und Nebenanlagen und Schutzstreifen.

Die von der Anlage betroffenen Grundstückseigentümer der Stadt Schlettau (Gemarkung Schlettau) können den eingereichten Antrag sowie die beigelegten Unterlagen in der Zeit

vom 5. August bis einschließlich 2. September 2024

in der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Chemnitz, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, einsehen. Im Vorfeld bitten wir um eine telefonische Kontaktaufnahme unter der Telefonnummer 0371/532-1145.

Ergänzend wird auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Planunterlagen während des vorgenannten Zeitraums unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung/> verwiesen (danach bitte die Rubrik Infrastruktur-Grundbuchbereinigung wählen). Im Internet erfolgt die Freischaltung mit Beginn des Auslegungszeitraumes.

Nach § 27a Absatz 1 Satz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juli 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist, ist der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen maßgeblich.

Die Landesdirektion Sachsen erteilt die Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung nach Ablauf der Auslegungs-

frist gemäß § 9 Absatz 4 des Grundbuchbereinigungsgesetzes in Verbindung mit § 7 Absatz 4 und 5 der Sachenrechts-Durchführungsverordnung vom 20. Dezember 1994 (BGBl. I S. 3900).

Hinweise zur Einlegung von Widersprüchen

Gemäß § 9 Absatz 1 Satz 1 des Grundbuchbereinigungsgesetzes ist von Gesetzes wegen eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit für alle am 3. Oktober 1990 bestehenden Energiefortleitungsanlagen und Anlagen der Wasserversorgung und -entsorgung entstanden. Die durch Gesetz entstandene Dienstbarkeit dokumentiert nur den Stand vom 3. Oktober 1990. Da die Dienstbarkeit durch Gesetz bereits entstanden ist, kann ein Widerspruch nicht damit begründet werden, dass kein Einverständnis mit der Belastung des Grundstückes erteilt wird.

Ein zulässiger Widerspruch kann nur darauf gerichtet sein, dass die im Antrag dargestellte Leitungsführung nicht richtig ist. Dies bedeutet, dass ein Widerspruch sich nur dagegen richten kann, dass das Grundstück gar nicht von der Leitung oder in anderer Weise, als dargestellt, betroffen ist. Wir möchten Sie daher bitten, nur in begründeten Fällen von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch zu machen.

Der Widerspruch kann bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig bis zum Ende der Auslegungsfrist erhoben werden. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.

Leipzig, den 29. Mai 2024

Landesdirektion Sachsen
Holger Keune
Referatsleiter Planfeststellung

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zum Vollzug der Verordnung zur Regelung des Verfahrens
bei Zulassung und Überwachung industrieller
Abwasserbehandlungsanlagen
und Gewässerbenutzungen
über die Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis
für die Einleitung von industriellem Abwasser
der Lausitz Energie Kraftwerke AG in die Faule Pfütze**

Gz.: 41-8618/1038

Vom 16. Juli 2024

Die Landesdirektion Sachsen macht gemäß § 4 Absatz 2 Satz 1 der Industriekläranlagen-Zulassungs- und Überwachungsverordnung vom 2. Mai 2013 (BGBl. I S. 973, 1011, 3756), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 9. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2873) geändert worden ist, Folgendes bekannt:

Der Lausitz Energie Kraftwerke AG, Leagplatz 1, 03050 Cottbus wurde gemäß § 8 Absatz 1 und § 9 Absatz 1 Nummer 4 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist, mit Bescheid der Landesdirektion Sachsen vom 18. Juni 2024, Az.: 41-8618/1038/4, die wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung von Prozessabwasser aus der Absalzung des Wasserdampfkreislaufes des Gas- und Dampfturbinenkraftwerkes Lippendorf in die Faule Pfütze mit folgendem verfügenden Teil erteilt:

„Der Lausitz Energie Kraftwerke AG, vertreten durch die Geschäftsführung, Leagplatz 1 in 03050 Cottbus, wird auf Antrag vom 15. September 2023, zuletzt geändert am 4. April 2024, und nach Maßgabe der unter Ziffer II. und III. genannten Inhalts- und Nebenbestimmungen

die wasserrechtliche Erlaubnis

zur Einleitung von Prozessabwasser aus der Absalzung des Wasserdampfkreislaufes des Gas- und Dampfturbinenkraftwerkes Lippendorf in die Faule Pfütze erteilt.“

Die wasserrechtliche Erlaubnis wurde mit folgenden Inhaltsbestimmungen erteilt:

„Die wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung in die Faule Pfütze wird wie folgt erteilt:

1. Örtliche Lage

1.1 der Einleitstelle:

Gemeinde/Stadt:	Neukieritzsch
Gemarkung:	Lippendorf
Flurstück:	1/161
Koordinatenreferenzsystem:	ETRS89 UTM Zone 33
Nordwert:	5672793
Ostwert:	316949

1.2 der Probenahmestelle:

Die Probenahmestelle für die behördliche Überwachung und die Eigenkontrolle des Abwassers wird an folgender Stelle festgelegt:

Bezeichnung:	Absalzwasser aus der Dampferzeugung „IP-3a“
Gemarkung:	Lippendorf
Flurstück:	1/161
Koordinatenreferenzsystem:	ETRS89 UTM Zone 33
Nordwert:	5672771
Ostwert:	316679

1.3 Die Probenahme- und Einleitstelle sind in den Entwässerungs- und Lageplänen mit Angabe der Koordinaten einzutragen und eindeutig zu kennzeichnen. Die Pläne sind der Landesdirektion Sachsen spätestens vier Wochen vor der erstmaligen Abwassereinleitung zur Prüfung vorzulegen.

1.4 Die Probenahme- und Einleitstelle sind vor Ort zweifelsfrei und dauerhaft zu kennzeichnen und müssen ständig leicht und unfallsicher zugänglich sein. Die Probenahmestelle ist entsprechend der Anlage 2 dieses Bescheids zu errichten. Die betriebsbereite Fertigstellung der Probenahmestelle ist der zuständigen Wasserbehörde spätestens vier Wochen vor der erstmaligen Abwassereinleitung anzuzeigen.

2. Umfang der Gewässerbenutzung

$Q_{s,max}$:	5,56 l/s
$Q_{h,max}$:	20 m³/h

3. Anforderungen an das Abwasser

3.1 An das Abwasser werden an der unter 1.2 genannten Probenahmestelle folgende Anforderungen gestellt:

Parameter ⁽¹⁾ :	Überwachungswert:	Probenahmeart:
Temperatur _{Max}	31,0 °C	Kontinuierlich
pH-Wert _{Min}	6,0	Kontinuierlich
pH-Wert _{Max} ⁽²⁾	8,0	Kontinuierlich
pH-Wert _{Max} ⁽³⁾	8,5	Kontinuierlich
Sauerstoff _{Min}	6,0 mg/l	Kontinuierlich
CSB	50 mg/l	Qualifizierte Stichprobe
Phosphor _{Gesamt}	2,00 mg/l	Qualifizierte Stichprobe
N _{ges} ⁽⁴⁾	10 mg/l	Qualifizierte Stichprobe
Ammonium-N	1,5 mg/l	Qualifizierte Stichprobe
Nitrit-N	1,0 mg/l	Qualifizierte Stichprobe
Zink	0,50 mg/l	Qualifizierte Stichprobe

Chrom ^{Gesamt}	0,50 mg/l	Qualifizierte Stichprobe
Cadmium	0,050 mg/l	Qualifizierte Stichprobe
Kupfer	0,50 mg/l	Qualifizierte Stichprobe
Blei	0,10 mg/l	Qualifizierte Stichprobe
Nickel	0,50 mg/l	Qualifizierte Stichprobe
Vanadium	4,0 mg/l	Qualifizierte Stichprobe
freies Chlor	0,20 mg/l	Stichprobe
AOX	0,50 mg/l	Stichprobe

Parameterbestimmung:
Methodik: in der Originalprobe
entsprechend der Anlage 1 zu § 4
der AbwV in der jeweils geltenden
Fassung

Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig, Widerspruch eingelegt werden. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.“

Der Erlaubnisbescheid mit den getroffenen Inhalts- und Nebenbestimmungen einschließlich der Begründung liegt in der Zeit

vom 8. August 2024 bis 21. August 2024

- (1) Der Überwachungswert für Hydrazin kann entfallen, weil der Stoff gemäß den Antragsunterlagen nicht eingesetzt wird.
- (2) Der maximale pH-Wert von 8,0 ist in dem Zeitraum vom **1. Mai bis 31. Oktober** einzuhalten.
- (3) Der maximale pH-Wert von 8,5 ist in dem Zeitraum vom **1. November bis 30. April** einzuhalten.
- (4) Der Wert gilt auch als eingehalten, wenn er als „gesamter gebundener Stickstoff (TN_g)“ bestimmt und eingehalten wird.

3.2 Das Abwasser darf folgende Stoffe und Stoffgruppen, die aus dem Einsatz von Betriebs- und Hilfsstoffen stammen, nicht enthalten:

- organische Komplexbildner (ausgenommen Phosphonate und Polycarboxylate), die einen DOC-Abbaugrad nach 28 Tagen von 80 Prozent entsprechend dem Verfahren nach Anlage 1 Nummer 406 der AbwV nicht erreichen,
- Chrom- und Quecksilberverbindungen, Nitrit, metallorganische Verbindungen (Metall-Kohlenstoff-Bindung) und Mercaptobenzthiazol.

Die Anforderungen gelten als eingehalten, wenn die genannten Stoffe nicht eingesetzt werden, alle eingesetzten Betriebs- und Hilfsstoffe in einem Betriebstagebuch aufgeführt werden und Herstellerangaben vorliegen, nach denen die Stoffe weder in den eingesetzten Betriebs- und Hilfsstoffen enthalten sind, noch unter Betriebsbedingungen entstehen können.

- 4. Abgaberechtliche Festlegungen**
Die Jahresschmutzwassermenge im Sinne des Abwasserabgabengesetzes wird wie folgt festgelegt:
Produktionsabwasser: 80.000 m³.”

Die wasserrechtliche Erlaubnis enthält folgende Rechtsbehelfsbelehrung:

„Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer

bei den folgenden Stellen zur öffentlichen Einsichtnahme aus und kann während der angegebenen Dienstzeiten dort eingesehen werden.

1. Landesdirektion Sachsen,
Zimmer 013, Braustraße 2, 04107 Leipzig
Montag 9:00 bis 12:00 Uhr und 13:00 bis 15:00 Uhr,
Dienstag 9:00 bis 12:00 Uhr und 13:00 bis 18:00 Uhr,
Mittwoch 9:00 bis 12:00 Uhr und 13:00 bis 15:00 Uhr,
Donnerstag 9:00 bis 12:00 Uhr und 13:00 bis 18:00 Uhr,
Freitag 9:00 bis 12:00 Uhr
2. Gemeindeverwaltung Neukieritzsch,
Zimmer 014, Schulplatz 3, 04575 Neukieritzsch
Dienstag 9:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr,
Donnerstag 9:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 17:00 Uhr
und nach Vereinbarung.

Die öffentliche Bekanntmachung ergeht unter folgenden Hinweisen:

1. Der Erlaubnisbescheid enthält mehrere Nebenbestimmungen.
2. Der Erlaubnisbescheid gilt mit dem Ende der Auslegungsfrist auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.
3. Nach der öffentlichen Bekanntmachung können der Bescheid und seine Begründung bis zum Ablauf der Widerspruchsfrist von den Personen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich oder elektronisch bei der Landesdirektion Sachsen, 09105 Chemnitz oder über poststelle@lids.sachsen.de, angefordert werden.

Die Bekanntmachung ist einschließlich der Entscheidung und ihrer Begründung während des vorgenannten Zeitraums auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Wasserwirtschaft einsehbar.

Leipzig, den 16. Juli 2024

Landesdirektion Sachsen
Pabst
Referatsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung
des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen vom 18. Juni 2024**

Gz.: 20-2217/23/11

Vom 18. Juli 2024

Die Landesdirektion Sachsen hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 26. Juni 2024 auf der Grundlage des § 61 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, die von der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen am 14. Juni 2024 beschlossene und vom Verbandsvorsitzenden am 18. Juni 2024 ausgefertigte Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen genehmigt.

Die Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 18. Juli 2024

Landesdirektion Sachsen
Caspar
Referatsleiter

Neufassung der Satzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen (Verbandssatzung)

Vom 18. Juni 2024

Auf der Grundlage von § 61 Abs. 1 in Verbindung mit § 26 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, hat die Versammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen (im Folgenden Zweckverband) am 14. Juni 2024 die nachfolgende Verbandssatzung als vollständige Neufassung der Verbandssatzung im Wege der Änderung der bisherigen Verbandssatzung vom 19. Oktober 2017 in der Fassung der 2. Änderung vom 26. Juni 2020 (Sächs. Amtsblatt Nr. 29/2022 vom 21. Juli 2022) beschlossen:

Inhaltsverzeichnis:

- § 1 Verbandsmitglieder, Rechtsform, Verbandsgebiet
- § 2 Name und Sitz
- § 3 Ziele
- § 4 Aufgaben des Zweckverbandes
- § 5 Aufgaben Schülerbeförderung und Ausbildungsverkehr
- § 6 Verbandsorgane
- § 7 Versammlungen
- § 8 Vorsitz und Einberufung der Versammlung
- § 9 Beschlussfähigkeit und Abstimmung in der Versammlung
- § 10 Zuständigkeit der Versammlung
- § 11 Zuständigkeit des Vorsitzenden
- § 11a Ausübung von Gesellschafterrechten
- § 12 Geschäftsstelle, Geschäftsführung
- § 13 Verbandswirtschaft
- § 14 Haushaltssatzung
- § 15 Deckung des Finanzbedarfs
- § 16 Kassenverwaltung
- § 17 Örtliche Rechnungsprüfung
- § 18 Änderung der Verbandssatzung
- § 19 Auflösung des Zweckverbandes
- § 20 Abwicklung
- § 21 Öffentliche Bekanntmachungen, ortsübliche Bekanntgaben und Veröffentlichungen nach § 36b SächsGemO
- § 22 Inkrafttreten

§ 1

Verbandsmitglieder, Rechtsform, Verbandsgebiet

(1) Die Landkreise Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Zwickau, die Kreisfreie Stadt Chemnitz und die Stadt Zwickau bilden zur Entwicklung und dauerhaften Sicherstellung eines einheitlichen, flächendeckenden, bedarfsgerechten, bürger-nahen und effizienten Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) nach Maßgabe dieser Satzung einen Zweckverband nach dem SächsKomZG.

(2) Die Verbandsmitglieder können als zuständige Behörden in eigener Verantwortung öffentliche Personenverkehrs-dienste für ihr Gebiet nach Maßgabe der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 oder des allgemeinen Vergaberechts vergeben.

(3) Der Zweckverband ist eine Gruppe von zuständigen Behörden im Sinne von Art. 5 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007.

(4) Die Gruppe von zuständigen Behörden gemäß Abs. (3) kann für das Verbandsgebiet gemäß Abs. (6) Dienstleistungsaufträge über öffentliche Personenverkehrs-dienste an einen internen Betreiber eines Verbandsmitgliedes nach Maßgabe der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 direkt vergeben. Die Möglichkeit eines Verbandsmitgliedes, für sein Gebiet Dienstleistungsaufträge über öffentliche Personenverkehrs-dienste an seinen internen Betreiber direkt zu vergeben, bleibt davon unberührt.

(5) Der Beitritt weiterer Gebietskörperschaften ist möglich, wenn sie Aufgabenträger für den ÖPNV sind. Die Bedingungen über die Aufnahme weiterer Verbandsmitglieder bedürfen einer schriftlichen Vereinbarung zwischen dem Zweckverband und der aufzunehmenden Gebietskörperschaft.

(6) Das Verbandsgebiet umfasst das Territorium seiner Verbandsmitglieder.

§ 2

Name und Sitz

Der Zweckverband führt den Namen „Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen“ (ZVMS). Er hat seinen Sitz in Chemnitz.

§ 3

Ziele

Dem Zweckverband obliegt die Abstimmung eines attraktiven zukunftsweisenden ÖPNV in Übereinstimmung mit den Verbandsmitgliedern sowie in Zusammenarbeit mit den von Verbandsmitgliedern getragenen kommunalen Verkehrsunternehmen, den im Verbandsgebiet tätigen privaten Verkehrsunternehmen und Unternehmen des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV). Ziel ist dabei die Verbesserung der Verkehrsverteilung zugunsten des ÖPNV sowie die Unterstützung der kommunalen Gebietskörperschaften bei der Raumordnungsplanung und -entwicklung durch Erschließung mit ÖPNV.

§ 4

Aufgaben des Zweckverbandes

(1) Der Zweckverband ist Träger der hoheitlichen Aufgaben gemäß dem ÖPNVG und hat somit insbesondere die Aufgabe, für das Verbandsgebiet einen attraktiven ÖPNV zu planen, zu organisieren und auszugestalten.

(2) Der Zweckverband ist Aufgabenträger für den SPNV in seinem Verbandsgebiet gemäß § 4 Abs. 2 ÖPNVG.

(3) Der Zweckverband erfüllt seine Aufgaben ohne Gewinnerzielungsabsicht und dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken im Sinne des Steuerrechts.

(4) Der Zweckverband hat in Abstimmung mit seinen Mitgliedern einen Nahverkehrsplan für das Verbandsgebiet zu erstellen, zu beschließen und fortzuschreiben.

(5) Der Zweckverband ist des Weiteren

- a) Aufgabenträger für das Sonderverkehrsmittel „Drahtseilbahn Augustusburg“ gemäß § 1 Abs. 2 Satz 3 ÖPNVG,
- b) Aufgabenträger für die Planung, Organisation, Ausgestaltung und Durchführung der straßengebundenen Ersatzverkehre als dauerhaften Ersatz für vom Zweckverband abbestellte SPNV-Verkehrsleistungen (Bahnersatzverkehr) im Gebiet der Stadt Chemnitz und des Landkreises Zwickau,
- c) Aufgabenträger für die Planung, Organisation, Ausgestaltung und Durchführung von Busverkehrsleistungen auf dem Gebiet des Erzgebirgskreises für Strecken bis zur deutsch-tschechischen Grenze für den grenzüberschreitenden Busverkehr und
- d) Maßnahmenträger des Nahverkehrsprojektes Chemnitzer Modell, Stufe 2 – Ausbau Chemnitz–Aue und des Nahverkehrsprojektes Chemnitzer Modell, Stufe 4 – Ausbau Chemnitz–Limbach-Oberfrohna. Diese Vorhaben umfassen die Verknüpfung der Eisenbahnstrecke Chemnitz–Aue im Bereich des Südbahnhofes mit dem Stadtbahnnetz Bernsdorfer Straße durch den Neubau der Straßenbahntrasse entlang der Reichenhainer Straße mit mehreren Zugangsstellen (Chemnitzer Modell, Stufe 2) sowie den Neubau des Straßenbahnzentrumsringes und der Straßenbahntrasse entlang der Hartmannstraße und der Leipziger Straße und dessen Verknüpfung mit der Eisenbahnstrecke nach Limbach-Oberfrohna (Chemnitzer Modell, Stufe 4). Zur Realisierung dieser Nahverkehrsprojekte errichtet der Zweckverband Verkehrsinfrastrukturanlagen auch des straßengebundenen ÖPNV, insbesondere Straßenbahntrassen. Eine eventuelle Umlage für die Erledigung dieser Aufgabe wird nur von der Stadt Chemnitz getragen.

(6) Der Zweckverband erfüllt in Verwirklichung des Verbundgedankens insbesondere folgende weitere Aufgaben:

- a) Planung, Organisation, Ausgestaltung des SPNV sowie Mitwirkung an der Finanzierung von Verkehrsleistungen,
- b) Vereinbarung oder Auferlegung von Nahverkehrsleistungen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel,
- c) Vorhaltung und Bewirtschaftung von Infrastruktur sowie Beschaffung und Beistellung von Fahrzeugen und Instandhaltungsanlagen,
- d) Koordination des kreisgrenzenüberschreitenden ÖPNV, insbesondere durch Entwicklung eines einheitlichen Netzes mit abgestimmten Fahrplänen,
- e) Entwicklung und Festlegung eines einheitlichen Tarifs, einheitlicher Tarifbestimmungen und einheitlicher Beförderungsbedingungen (Verbundtarif),
- f) Aufteilung der Beförderungsentgelte zwischen den Verkehrsunternehmen (Einnahmearteilung),
- g) Bereitstellung und Weiterentwicklung einer einheitlichen elektronischen Fahrplanauskunft in Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen,
- h) Entwicklung eines einheitlichen Vertriebs und Marketings des ÖPNV in Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen,
- i) Ermittlung von Kostensätzen für Verkehre im Verbandsgebiet,
- j) Bestellung und Kontrolle der in § 4 Abs. (2) und § 4 Abs. (5) b) dieser Verbandssatzung genannten Verkehrsleistungen,

- k) Betrieb von Sonderverkehrsmitteln des ÖPNV,
- l) Vertrieb von Fahrscheinen des ÖPNV.

(7) Der Zweckverband bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgaben der Verkehrsverbund Mittelsachsen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (VMS GmbH). Der Zweckverband ist alleiniger Gesellschafter der VMS GmbH. Der Zweckverband überträgt der VMS GmbH alle satzungsmäßigen nicht hoheitlichen Aufgaben. Bei der Erfüllung seiner hoheitlichen Aufgaben wird die VMS GmbH den Zweckverband beraten, unterstützen und alle vorbereitenden Arbeiten ausführen oder ausführen lassen, die bis zum Abschluss von Verträgen bzw. bis zu den Beschlussfassungen in der Verbandsversammlung oder infolge dessen im hoheitlichen Bereich anfallen.

(8) Der Zweckverband kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben außerdem Dritter bedienen. Er kann hierfür weitere Unternehmen gründen oder sich an solchen beteiligen. Die Übertragung von Aufgaben bedarf der Beschlussfassung durch die Verbandsversammlung. Einzelheiten sind vertraglich zu regeln.

§ 5

Aufgaben Schülerbeförderung und Ausbildungsverkehr

(1) Weitere Aufgabe des Zweckverbandes ist, die notwendige Beförderung der Schüler auf dem Schulweg zum Besuch der öffentlichen Schulen und der staatlich anerkannten Ersatzschulen freier Träger (§ 23 Absatz 3 SchulG) und den Ausbildungsverkehr zu fördern, zu organisieren, zu planen und seine Finanzierung zu regeln und zu kontrollieren.

(2) Hinsichtlich der Schülerbeförderung werden allein die Aufgaben der Landkreise Mittelsachsen und Zwickau sowie des Erzgebirgskreises wahrgenommen.

(3) Für die Erledigung dieser Aufgabe tragen allein die übertragenden Verbandsmitglieder die Kosten. Auf der Grundlage von § 60 Abs. 2 SächsKommZG werden die Ist-Kosten der Schülerbeförderung vom Zweckverband gegenüber den Landkreisen jährlich abgerechnet, soweit sie nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckt sind. Die Kosten für die Durchführung der Beförderungs- bzw. Erstattungsleistungen werden den Landkreisen anteilig nach dem Verursacherprinzip zugeordnet. Personal- und sonstige Verwaltungsaufwendungen werden gedrittelt. Die Einzelheiten zu den Abrechnungsmodalitäten werden durch öffentlich-rechtlichen Finanzierungsvertrag geregelt.

(4) Der Zweckverband bildet einen Beirat für die Aufgabe Schülerbeförderung. Die Landkreise Mittelsachsen und Zwickau sowie der Erzgebirgskreis entsenden in den Beirat jeweils drei Vertreter. Im Rahmen seiner Aufgabe hat der Beirat eine beratende Funktion.

§ 6

Verbandsorgane

Die Organe des Zweckverbandes sind

1. die Verbandsversammlung und
2. der Verbandsvorsitzende.

§ 7

Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus einem Vertreter eines jeden Verbandsmitgliedes.

(2) Die Vertreter der Verbandsmitglieder sind ehrenamtlich tätig. Die Gewährung von Aufwandsentschädigungen ist durch Satzung zu regeln.

(3) Die Verbandsversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 8

Vorsitz und Einberufung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter in getrennten Wahlgängen. Zur Wahl ist die Mehrheit der satzungsmäßigen Stimmen erforderlich.

(2) Der Vorsitzende leitet die Verbandsversammlung und beruft sie jeweils schriftlich oder in elektronischer Form unter Mitteilung der Tagesordnung ein. Zwischen dem Zugang der Ladung und dem Sitzungstag müssen mindestens 14 Tage liegen. In Eilfällen kann die Verbandsversammlung unter Angabe der Verhandlungsgegenstände ohne Einhaltung einer Frist formlos einberufen werden.

(3) Die Verbandsversammlung ist mindestens einmal im Jahr einzuberufen. Sie ist unverzüglich einzuberufen, wenn ein Fünftel der satzungsmäßigen Stimmen der Verbandsversammlung oder der Vorsitzende die Einberufung unter Angabe der Verhandlungsgegenstände verlangt.

(4) Die mit der Vertretung der Betriebsführung beauftragten Personen der VMS GmbH nehmen beratend an der Verbandsversammlung teil. Beauftragte Dritte nach § 4 Abs. (8) dieser Verbandssatzung können zugelassen werden.

§ 9

Beschlussfähigkeit und Abstimmung in der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung kann in einer ordnungsgemäß einberufenen und geleiteten Sitzung beraten und beschließen. Der Zweckverband ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Vertreter der Verbandsmitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Eine Beschlussfassung im schriftlichen oder elektronischen Verfahren über Gegenstände einfacher Art und geringer Bedeutung (im sogenannten Umlaufverfahren) ist zulässig; ein hierbei gestellter Antrag ist angenommen, wenn kein stimmberechtigter Vertreter eines Verbandsmitgliedes innerhalb von sieben Werktagen nach Zugang widerspricht.

(2) Wird die Verbandsversammlung wegen Beschlussunfähigkeit innerhalb von vier Wochen zum zweiten Mal zur Verhandlung über denselben Gegenstand einberufen, so ist sie beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind.

(3) Jedes Verbandsmitglied hat drei Stimmen, davon abweichend hat die Stadt Zwickau zwei Stimmen.

(4) Beschlussfassungen, die die Aufgabe der notwendigen Schülerbeförderung gemäß § 5 Abs. (1) dieser Verbandssatzung betreffen, erfolgen nur durch die Verbandsräte der Landkreise Mittelsachsen und Zwickau sowie des Erzgebirgskreises.

(5) Soweit ein Gesetz oder diese Verbandssatzung nicht etwas anderes vorschreiben, werden die Beschlüsse der Verbandsversammlung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Es wird in der Regel offen

abgestimmt. Die Verbandsversammlung kann aus wichtigem Grund in geheimer Abstimmung beschließen. Stimmenthaltungen sind zulässig und werden beim Abstimmungsergebnis nicht berücksichtigt. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt. Die Verbandsmitglieder können ihre Vertreter anweisen, wie sie in der Verbandsversammlung abzustimmen haben. Eine Abstimmung entgegen der Weisung berührt die Gültigkeit des Beschlusses der Verbandsversammlung nicht.

(6) Einer Mehrheit von drei Vierteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl in der Verbandsversammlung bedürfen Beschlüsse über hoheitliche Aufgaben. Dies betrifft folgende Angelegenheiten:

- a) Wahrnehmung der SPNV-Aufgabe gemäß § 4 Abs. (2) dieser Verbandssatzung sowie
- b) Beschlussfassung zum Nahverkehrsplan gemäß § 4 Abs. (4) dieser Verbandssatzung.

(7) Über die Beschlüsse und Wahlergebnisse der Verbandsversammlung ist unter Angabe von Tag und Ort der Sitzung, der Namen der anwesenden Verbandsräte, der behandelten Gegenstände und der Abstimmungsergebnisse (Stimmenverhältnis) eine Niederschrift zu fertigen. Jedes Verbandsmitglied kann verlangen, dass seine Erklärungen in der Niederschrift festgehalten werden. Als Schriftführer kann eine Dienstkraft des Zweckverbandes, der VMS GmbH, eines beauftragten Dritten nach § 4 Abs. (8) dieser Verbandssatzung oder eines Verbandsmitgliedes, soweit dieses zustimmt, zugezogen werden. Die Niederschrift ist vom Verbandsvorsitzenden, zwei Vertretern der Verbandsmitglieder, die an der Sitzung teilgenommen haben, und dem Schriftführer zu unterzeichnen. Abschriften der Niederschrift sind unverzüglich den Verbandsmitgliedern zu übermitteln.

§ 10

Zuständigkeit der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit sie nicht von Gesetzes wegen oder auf Grund dieser Satzung in die Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden fallen.

(2) Die Verbandsversammlung beschließt insbesondere über folgende Angelegenheiten:

- a) die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seiner Stellvertreter,
- b) die Änderung der Verbandssatzung, die Auflösung des Zweckverbandes und die Bestellung von Abwicklern,
- c) die Errichtung und die wesentliche Erweiterung der den Verbandsaufgaben dienenden Einrichtungen,
- d) den Erlass, die Änderung oder die Aufhebung von Satzungen,
- e) die Haushaltssatzung und gegebenenfalls die Nachtragshaushaltssatzung und die Feststellung des Jahresabschlusses,
- f) die Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben, deren Wert im Einzelfall einen Betrag von 150.000 EUR übersteigt,
- g) den Abschluss oder die Änderung von Verträgen, soweit diese eine Summe von 500.000 EUR im Einzelfall übersteigen,
- h) die Beschlussfassung zum Nahverkehrsplan,
- i) die Festlegung des einheitlichen Tarifs, einheitlicher Tarifbestimmungen und einheitlicher Beförderungsbedingungen (Verbundtarif),
- j) die Art und Weise der Berechnung der Aufteilung der Beförderungsentgelte zwischen den Verkehrsunternehmen (Einnahmeaufteilung),
- k) die Art und Weise der Berechnung von Kostensätzen für Verkehre,

- l) den Abschluss von Verkehrsverträgen (Neuvergaben), die Abgabe von Bestellgarantien für einzelne SPNV-Strecken sowie den Abschluss von Änderungen oder Ergänzungen von Verkehrsverträgen, soweit die finanziellen Auswirkungen der jeweiligen Änderung bzw. Ergänzung den Wert von 500.000 EUR übersteigen,
- m) die Übertragung von Aufgaben des Zweckverbandes an Dritte.

(3) Soweit vorstehend nicht anders geregelt, beziehen sich alle Wertgrenzen auf Nettowerte und jeweils auf einen wirtschaftlichen Vorgang. Die Zerlegung eines solchen Vorgangs in mehrere Teile zur Begründung einer anderen Zuständigkeit ist nicht zulässig. Bei voraussehbar wiederkehrenden Leistungen bezieht sich die Wertgrenze auf den Jahresbetrag.

§ 11

Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden

(1) Der Verbandsvorsitzende vertritt den Zweckverband nach außen. Er bereitet die Verbandsversammlungen vor und vollzieht die Beschlüsse der Verbandsversammlung.

(2) Der Verbandsvorsitzende erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Gesetz, durch Satzung oder durch Beschluss der Verbandsversammlung übertragenen Aufgaben. Insbesondere ist er zuständig für:

- a) den Vollzug des durch die Verbandsversammlung beschlossenen Haushaltes und die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel,
- b) die Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben bis einschließlich 150.000 EUR im Einzelfall,
- c) die Einstellung, die Beförderung und die Entlassung sowie die Eingruppierung von Bediensteten im Rahmen des Stellenplanes mit Ausnahme des Geschäftsführers,
- d) den Abschluss oder die Änderung von Verträgen mit Ausnahme von Verkehrsverträgen bis einschließlich 500.000 EUR je Vertrag,
- e) die Änderungen oder Ergänzungen von Verkehrsverträgen, soweit die finanziellen Auswirkungen der jeweiligen Änderung bzw. Ergänzung den Wert von 500.000 EUR nicht übersteigen,
- f) die Führung von Rechtsstreitigkeiten bis einschließlich einem Streitwert von 250.000 EUR,
- g) die Stundung von Forderungen bis einschließlich 50.000 EUR im Einzelfall.

(3) Soweit vorstehend nicht anders geregelt, beziehen sich alle Wertgrenzen auf Nettowerte und jeweils auf einen wirtschaftlichen Vorgang. Die Zerlegung eines solchen Vorgangs in mehrere Teile zur Begründung einer anderen Zuständigkeit ist nicht zulässig. Bei voraussehbar wiederkehrenden Leistungen bezieht sich die Wertgrenze auf den Jahresbetrag.

(4) Der Verbandsvorsitzende kann die Geschäfte der laufenden Verwaltung Dienstkräften des Zweckverbandes übertragen.

§ 11a

Ausübung von Gesellschafterrechten

(1) Die Ausübung von Gesellschafterrechten bei Gesellschaften gemäß dem Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) sowie bei anderen Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts und Vereinen (im Folgenden „Beteiligungsgesellschaften“),

an denen der Zweckverband beteiligt ist, obliegt dem Verbandsvorsitzenden. Der Verbandsvorsitzende kann einen Bediensteten des Zweckverbandes mit seiner Vertretung beauftragen.

(2) Auf Beteiligungen des Zweckverbandes an Unternehmen bis einschließlich 10 % des Stammkapitals der Beteiligungsgesellschaft sind die Abs. (4) und Abs. (5) Buchst. b bis k nicht anwendbar.

(3) Der Verbandsvorsitzende bzw. der entsandte Vertreter ist bei der Ausübung von Gesellschafterrechten an die Beschlüsse der Verbandsversammlung gebunden.

(4) Der Verbandsvorsitzende bzw. der entsandte Vertreter bedarf der vorherigen Zustimmung der Verbandsversammlung für die Ausübung des Stimmrechts bei Beteiligungsgesellschaften nach Abs. (1) für folgende Beschlüsse:

- a) Feststellung des Jahresabschlusses, die Genehmigung des Lageberichtes und Verwendung der Ergebnisse sowie Abdeckung von Verlusten,
- b) Genehmigung des Wirtschaftsplanes, bestehend aus Jahreserfolgsplan, 5-jährigem Finanzplan und Stellenübersicht,
- c) Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates,
- d) Änderung des Gesellschaftsvertrages,
- e) Entscheidung über die Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen die Geschäftsführung,
- f) Verfügung über Geschäftsanteile, insbesondere deren Veräußerung und Belastung, die Bestimmungen des GmbHG hierzu bleiben unberührt,
- g) Auflösung und Umwandlung der Gesellschaft sowie Ernennung oder Abberufung von Liquidatoren,
- h) Aufnahme neuer Gesellschafter,
- i) Beschlüsse über die Besetzung von Organen bei Beteiligungsgesellschaften.

(5) Abs. (4) gilt entsprechend für die Ausübung von Gesellschafterrechten, soweit es um die Zustimmung der Gesellschafter für folgende Geschäfte in der Beteiligungsgesellschaft nach Abs. (1) geht:

- a) Gründung, Erwerb oder Veräußerung von anderen Unternehmen oder Beteiligung an anderen Unternehmen sowie Einrichtung oder Aufhebung von Zweigniederlassungen und Betriebsstätten,
- b) Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie Rechten an Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, soweit es um Grundstücke bzw. grundstücksgleiche Rechte geht, die Eigentum der Beteiligungsgesellschaft werden bzw. sind,
- c) Kaufabschlüsse mit Einzelbeschaffungswert von mehr als 500.000 EUR,
- d) Abschluss oder Änderung von Verträgen, die eine Verpflichtung der Beteiligungsgesellschaft von über 500.000 EUR zur Folge haben,
- e) Veräußerung von Gegenständen aus dem Anlagevermögen, soweit der marktübliche Verkehrswert im Einzelfall 250.000 EUR übersteigt,
- f) Gewährung von Krediten jeglicher Art, soweit sie einen Betrag von 250.000 EUR übersteigen,
- g) Übernahme von Bürgschaften und Garantien, soweit sie eine Verpflichtung der Beteiligungsgesellschaft von über 250.000 EUR zur Folge haben und haben können,
- h) Eingehung von Wechselverpflichtungen, soweit sie einen Betrag von 250.000 EUR übersteigen,
- i) Schuldbeitritte, soweit zu einer Schuld von über 250.000 EUR beigetreten wird,

- j) Erteilung von Prokura oder Generalvollmacht,
- k) Beantragung von beförderungrechtlichen Genehmigungen für Linien im Verbundgebiet.

(6) Soweit vorstehend nicht anders geregelt, beziehen sich alle Wertgrenzen auf Nettowerte und jeweils auf einen wirtschaftlichen Vorgang. Die Zerlegung eines solchen Vorgangs in mehrere Teile zur Begründung einer anderen Zuständigkeit ist nicht zulässig. Bei voraussehbar wiederkehrenden Leistungen bezieht sich die Wertgrenze auf den Jahresbetrag.

(7) Der Verbandsvorsitzende bzw. der entsandte Vertreter hat den Verbandsmitgliedern hinsichtlich der Beteiligungsgesellschaft Auskunfts- oder Einsichtsrechte zu verschaffen, die den Auskunfts- oder Einsichtsrechten des Gesellschafters nach § 51 a GmbHG gleichkommen.

§ 12

Geschäftsstelle, Geschäftsführung

(1) Die Geschäftsstelle des Zweckverbandes wird am Sitz des Zweckverbandes eingerichtet und zur Verwaltung des Zweckverbandes unterhalten.

(2) Die Verbandsversammlung bestellt im Einvernehmen mit dem Verbandsvorsitzenden einen Geschäftsführer.

(3) Der Geschäftsführer erledigt die ihm durch den Verbandsvorsitzenden übertragenen Aufgaben. Das Nähere regelt der Verbandsvorsitzende durch eine Dienstanweisung bzw. durch eine gesonderte vertragliche Regelung.

(4) Der Geschäftsführer ist bei Ausübung der ihm übertragenen Aufgaben an die Gesetze sowie andere einschlägige rechtliche Bestimmungen, diese Verbandssatzung, Beschlüsse der Verbandsversammlung sowie Entscheidungen des Verbandsvorsitzenden gebunden.

(5) Der Zweckverband kann für die Erledigung seiner Aufgaben weitere hauptamtliche Bedienstete sowie nebenamtliche oder ehrenamtliche Bedienstete einstellen.

§ 13

Verbandswirtschaft

(1) Für die Wirtschaftsführung des Zweckverbandes gelten die Vorschriften der SächsGemO über die Gemeindefinanzwirtschaft entsprechend.

(2) Die zur Erfüllung seiner Aufgaben nach dem ÖPNVG dem Zweckverband zur Verfügung gestellten Finanzmittel vom Freistaat Sachsen sind zweckgebunden und stehen bis zum Nachweis der bestimmungsgemäßen Verwendung oder im Fall der Auflösung des Zweckverbandes, in voller Höhe unter dem Rückforderungsvorbehalt des Freistaates Sachsen.

§ 14

Haushaltssatzung

(1) Der Entwurf der Haushaltssatzung ist den Verbandsmitgliedern spätestens vier Wochen vor der Beschlussfassung in der Verbandsversammlung zu übermitteln.

(2) Die Haushaltssatzung soll spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres beschlossen und mit ihren Anlagen der Aufsichtsbehörde vorgelegt werden.

§ 15

Deckung des Finanzbedarfs

(1) Der Zweckverband deckt seinen Finanzbedarf gemäß § 60 SächsKomZG in der jeweils gültigen Fassung. Für die Berechnung der Umlage ist die vom Statistischen Landesamt zum 30. Juni des Vorjahres fortgeschriebene Einwohnerzahl des jeweiligen Verbandsmitgliedes maßgebend.

(2) Die satzungsgemäßen Aufgaben der VMS GmbH können mit Mitteln des Zweckverbandes finanziert werden, soweit die eigenen Einnahmen der VMS GmbH für die Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben nicht ausreichend sind. Die Höhe dieses Finanzbedarfs wird von der Verbandsversammlung festgestellt. Die Verbandsmitglieder können den so festgestellten Betrag direkt an die VMS GmbH leisten.

§ 16

Kassenverwaltung

Die Kassengeschäfte werden auf der Grundlage der Sächsischen Kommunalen Kassen- und Buchführungsverordnung (SächsKomKBVO) in der jeweils gültigen Fassung am Ort der Geschäftsstelle oder an einem von der Verbandsversammlung zu beschließenden Ort eines beteiligten Verbandsmitgliedes geführt.

§ 17

Örtliche Rechnungsprüfung

(1) Der Verbandsvorsitzende legt den Jahresabschluss der Verbandsversammlung bis zum 31. Dezember des dem Haushaltsjahr folgenden Jahres vor.

(2) Die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses wird von einem durch die Verbandsversammlung per Beschluss bestimmten Rechnungsprüfungsamt eines Verbandsmitgliedes oder Rechnungsprüfer, Wirtschaftsprüfer oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach den Vorschriften der Sächsischen Gemeinde- beziehungsweise Landkreisordnung durchgeführt.

(3) Nach der Prüfung wird der Jahresabschluss von der Verbandsversammlung durch Beschluss festgestellt.

§ 18

Änderung der Verbandssatzung

Eine Änderung der Verbandssatzung ist nur mit mindestens zwei Drittel der Stimmen aller Verbandsmitglieder möglich.

§ 19

Auflösung des Zweckverbandes

Der Zweckverband kann sich durch Beschluss der Verbandsversammlung auflösen. Der Auflösungsbeschluss bedarf mindestens drei Viertel der Stimmen aller Verbandsmitglieder. Die Auflösung bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde und kann versagt werden, wenn zum Entscheidungszeitpunkt die Voraussetzungen für die Bildung eines Pflichtverbandes vorliegen.

§ 20 Abwicklung

(1) Wird der Zweckverband aufgelöst, so hat er seine Geschäfte abzuwickeln. Der Zweckverband gilt bis zum Ende der Abwicklung als fortbestehend, soweit es der Zweck der Abwicklung erfordert.

(2) Abwickler ist der Verbandsvorsitzende, sofern nicht die Verbandsversammlung etwas anderes beschließt.

(3) Der Abwickler beendet die laufenden Geschäfte und zieht die Forderungen ein. Um schwebende Geschäfte zu beenden, kann er auch neue Geschäfte eingehen. Er fordert die Gläubiger durch öffentliche Bekanntmachung auf, ihre Ansprüche anzumelden.

(4) Der Abwickler befriedigt die Ansprüche der Gläubiger. Im Übrigen ist das Verbandsvermögen nach dem Umlageschlüssel im Zeitpunkt der Auflösung auf die Verbandsmitglieder zu verteilen.

(5) Können die Ansprüche der Gläubiger nicht oder nicht vollständig befriedigt werden, so werden die Ansprüche von den Verbandsmitgliedern entsprechend dem Umlageschlüssel im Zeitpunkt der Auflösung befriedigt.

§ 21 Öffentliche Bekanntmachungen, ortsübliche Bekanntgaben und Veröffentlichungen nach § 36b SächsGemO

(1) Öffentliche Bekanntmachungen des Zweckverbandes erfolgen in dem als Beilage zum Sächsischen Amtsblatt erscheinenden Amtlichen Anzeiger.

(2) Ortsübliche Bekanntgaben des Zweckverbandes erfolgen in dem als Beilage zum Sächsischen Amtsblatt erscheinenden Amtlichen Anzeiger.

(3) Tagesordnung, Zeit und Ort der öffentlichen Sitzungen der Verbandsversammlung werden auf der Internetseite des Zweckverbandes (<https://www.vms.de>) entsprechend der gesetzlichen Vorgaben veröffentlicht.

§ 22 Inkrafttreten

(1) Die Neufassung der Verbandssatzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung und der Bekanntmachung ihrer Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

(2) Die Verbandssatzung veröffentlicht im Sächsischen Amtsblatt Nr. 42/2017 vom 19. Oktober 2017 unter Berücksichtigung der 1. Änderung vom 29. November 2019 (Sächs. Amtsblatt Nr. 21/2020 vom 22. Mai 2020) und 2. Änderung vom 26. Juni 2020 (Sächs. Amtsblatt 29/2022 vom 21. Juli 2022) tritt außer Kraft.

Ausfertigungsvermerk

Die Übereinstimmung dieser Satzung mit dem Beschluss der Verbandsversammlung vom 14. Juni 2024 wird bestätigt. Das Verfahren wurde nach den gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt.

Chemnitz, den 18. Juni 2024

Sven Schulze
Verbandsvorsitzender

Hinweis nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung:

Nach § 47 Absatz 2 in Verbindung mit § 6 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit und § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen

Gz.: 20-2217/113/10

Vom 18. Juli 2024

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 10. Juli 2024 auf der Grundlage von § 61 Absatz 1 in Verbindung mit § 26 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, die von der Versammlung am 10. Juni 2024 beschlossene Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen genehmigt.

Die Neufassung der Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 18. Juli 2024

Landesdirektion Sachsen
Caspar
Referatsleiter

Verbandssatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen

Inhaltsverzeichnis

Präambel

I. Abschnitt Allgemeine Vorschriften

- § 1 Name, Sitz, Mitglieder
- § 2 Aufgaben und Befugnisse des Zweckverbandes
- § 3 Abfallwirtschaftliche Anlagen

II. Abschnitt Verfassung und Verwaltung

- § 4 Organe des Zweckverbandes
- § 5 Zusammensetzung der Versammlung
- § 6 Aufgaben und Zuständigkeiten der Versammlung
- § 7 Sitzungen der Versammlung, Geschäftsgang
- § 8 Beschlussfähigkeit und Beschlüsse der Versammlung
- § 9 Vorstandsvorsitzender
- § 10 Zusammensetzung, Aufgaben und Zuständigkeiten des Verwaltungsrates
- § 11 Sitzungen und Beschlüsse des Verwaltungsrates
- § 12 Geschäftsleiter

§ 13 Geschäftsstelle, Bedienstete des Zweckverbandes

III. Abschnitt Wirtschafts- und Finanzverfassung

- § 14 Wirtschaftsführung und Rechnungsprüfung
- § 15 Deckung des Finanzbedarfs

IV. Abschnitt Änderungen der Verbandssatzung, Änderungen im Mitgliederbestand und Auflösung des Zweckverbandes

- § 16 Beitritt weiterer Verbandsmitglieder
- § 17 Änderung der Verbandssatzung
- § 18 Ausscheiden oder Ausschluss eines Verbandsmitgliedes
- § 19 Auflösung des Zweckverbandes

V. Abschnitt Schlussbestimmungen

- § 20 Entscheidung über Streitigkeiten
- § 21 Öffentliche und ortsübliche Bekanntmachung und Bekanntgabe
- § 22 Sonstiges
- § 23 Inkrafttreten

Präambel

Auf der Grundlage der §§ 47, 61 Abs. 1, 26 Abs. 1 und 3 des Sächsischen Gesetzes über Kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, und des § 3 Absatz 1 Satz 1 des Sächsischen Kreislaufwirtschafts- und Bodenschutzgesetzes (SächsKrWBodSchG), erlassen als Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Sächsischen Abfall- und Bodenschutzrechtes vom 22. Februar 2019 (SächsGVBl. S. 187), hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen am 10. Juni 2024 folgende Neufassung der Verbandssatzung beschlossen:

I. Abschnitt

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Name, Sitz, Mitglieder

(1) Der Zweckverband ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts und führt den Namen „Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen“ (im Nachfolgenden „Zweckverband“ genannt).

(2) Der Zweckverband hat seinen Sitz in Großpösna.

(3) Mitglieder des Zweckverbandes sind die Stadt Leipzig und der Landkreis Leipzig (im Nachfolgenden auch „Verbandsmitglieder“ genannt).

(4) Das Verbandsgebiet des Zweckverbandes umfasst die Gebiete der Verbandsmitglieder.

(5) Dem Zweckverband können weitere Verbandsmitglieder beitreten.

§ 2

Aufgaben und Befugnisse des Zweckverbandes

(1) Der Zweckverband erfüllt als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger die Aufgabe, die im Verbandsgebiet angefallenen und ihm gemäß § 3 Abs. 4 SächsKrWBodSchG überlassenen Abfälle einer ordnungsgemäßen Entsorgung (Behandlung, Verwertung, Beseitigung) zuzuführen und gemäß § 3 Abs. 2 Satz 1 SächsKrWBodSchG die hierfür erforderlichen Abfallentsorgungsanlagen zu betreiben.

(2) Der Zweckverband schafft in enger Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedern die notwendigen Voraussetzungen für eine möglichst umfassende Verwertung. Er informiert und berät die Abfallbesitzer und -erzeuger über die Möglichkeiten zur Vermeidung, Verminderung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen. Hierzu gehört auch die Beratung über die bestehenden Verwertungsmöglichkeiten.

(3) Der Zweckverband nimmt im Wege der Direktanlieferung (Bringsystem) an einem Kleinanliefererbereich einer Abfallentsorgungsanlage Abfälle an, für die gemäß § 17 Absatz 1 Satz 1 i. V. m. § 17 Absatz 2 KrWG eine Überlassungspflicht an den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger besteht, und die den Verbandsmitgliedern nach ihren Abfallwirtschaftssatzungen nicht zu überlassen sind. Dies gilt auch für Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen im Verbandsgebiet, soweit sie diese nicht in eigenen Anlagen der Erzeuger oder Besitzer beseitigt werden (§ 17 Absatz 1 Satz 2 KrWG), insbeson-

dere weil die Beseitigung in eigenen Anlagen gemäß § 17 Absatz 1 Satz 3 KrWG ausgeschlossen ist sowie für Abfälle von Gewerbetreibenden aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen in haushaltstypischen Mengen.

(4) Der Zweckverband verwaltet seine Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze und der Verbandssatzung unter eigener Verantwortung.

(5) Der Zweckverband erfüllt die ihm gesetzlich in §§ 2, 3 und 6 SächsKrWBodSchG zugewiesenen Aufgaben in seinem Verbandsgebiet:

- a) Er erstellt für seinen Bereich gemäß § 6 Abs. 1 SächsKrWBodSchG ein Abfallwirtschaftskonzept und schreibt es spätestens alle fünf Jahre fort.
- b) Er erstellt gemäß § 6 Abs. 2 SächsKrWBodSchG jährlich zum 1. April für das vorangegangene Jahr eine Abfallbilanz.

(6) Der Zweckverband führt im Rahmen seiner Zuständigkeit Maßnahmen der Abfallberatung nach § 46 KrWG durch.

(7) Der Zweckverband ist gemäß § 2 Abs. 1 SächsKrWBodSchG öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger im Rahmen seiner Aufgaben. Er ist befugt, sich zur Erfüllung seiner Aufgaben gemäß Absatz 1 Dritter zu bedienen. Der Zweckverband darf zur Erfüllung seiner Aufgaben nach Maßgabe des einschlägigen Kommunalwirtschaftsrechts Unternehmen errichten, übernehmen oder sich daran beteiligen.

(8) Das Recht, Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Einrichtung der Abfallentsorgung zu erheben, verbleibt für diejenigen Abfallbesitzer, die dem Anschluss- und Benutzungszwang hinsichtlich des Einsammelns und Beförderns nach Maßgabe der Abfallwirtschaftssatzungen der Verbandsmitglieder unterliegen, insgesamt bei den Verbandsmitgliedern. Gemäß § 9 Abs. 4 Sächsisches Kommunalabgabengesetz (SächsKAG) in der aktuell gültigen Fassung erheben die Verbandsmitglieder jeweils die Benutzungsgebühren für die gemeinschaftlich von Verband und Verbandsmitgliedern erbrachte Leistung.

(9) Das Recht des Zweckverbandes zur eigenen Erhebung von Gebühren für die unmittelbare Benutzung von Anlagen des Verbandes durch Abfallbesitzer und -erzeuger bleibt von den Regelungen in Absatz 8 unberührt.

(10) Der Verband kann für sein Verbandsgebiet auf der Grundlage von § 2 Abs. 2 SächsKrWBodSchG, § 47 i. V. m. § 6 Abs. 1 SächsKomZG und § 2 SächsKAG Satzungen erlassen.

§ 3

Abfallwirtschaftliche Anlagen

(1) Der Zweckverband betreibt folgende Abfallentsorgungsanlagen gemäß § 2 Abs. 1 dieser Satzung:

1. Mechanisch-Biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA) zur Behandlung der durch die Verbandsmitglieder angedienten hoheitlichen Abfallarten (Restabfall und kommunaler Sperrmüll),
2. Kompost-Energie-Anlage (KEA) zur Verwertung der durch die Verbandsmitglieder angedienten kommunalen Bioabfälle.

(2) Der Zweckverband betreibt einen Kleinanlieferbereich für Abfälle im Wege der Direktanlieferung (Bringsystem; Abfälle aus privaten Haushaltungen und Kleingewerbe).

(3) Der Zweckverband betreibt die in der Anlage zu dieser Satzung benannten Deponien. Der Betrieb umfasst auch alle zur Stilllegung und Nachsorge notwendigen Maßnahmen.

(4) Der Zweckverband kann zur Erfüllung seiner Aufgaben weitere Abfallentsorgungsanlagen planen, errichten, betreiben, rekultivieren und nachsorgen.

II. Abschnitt Verfassung und Verwaltung

§ 4 Organe des Zweckverbandes

Organe des Zweckverbandes sind

1. die Verbandsversammlung,
2. der Verbandsvorsitzende und
3. der Verwaltungsrat.

§ 5 Zusammensetzung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus insgesamt fünfzehn Vertretern der Verbandsmitglieder („Verbandsräte“, im Nachfolgenden auch „Vertreter“ genannt).

(2) Die Stadt Leipzig wird in der Verbandsversammlung nach § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG vertreten durch den Oberbürgermeister oder einen gewählten anderen leitenden Bediensteten und entsendet acht weitere Vertreter in die Verbandsversammlung.

Der Landkreis Leipzig wird in der Verbandsversammlung nach § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG vertreten durch den Landrat oder einen gewählten anderen leitenden Bediensteten und entsendet fünf weitere Vertreter.

Die von den Verbandsmitgliedern neben den Vertretern nach § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG entsandten weiteren Vertreter werden im Nachfolgenden auch „weitere Vertreter“ genannt.

(3) Die nach § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG entsandten Vertreter der Verbandsmitglieder werden in entsprechender Anwendung der Vorgaben der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) bzw. der Sächsischen Landkreisordnung (SächsLKrO) im Falle ihrer Verhinderung vertreten. Wird ein Verbandsmitglied gemäß § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG durch einen gewählten anderen leitenden Bediensteten vertreten, kann das Entsendeorgan für den Fall seiner Verhinderung zugleich dessen Stellvertretung festlegen.

(4) Die weiteren Vertreter in der Verbandsversammlung werden gemäß § 52 Abs. 3 Satz 2 und 3 i. V. m. § 16 Abs. 4 SächsKomZG durch das Hauptorgan des jeweiligen Verbandsmitgliedes (Stadtrat der Stadt Leipzig/Kreistag des Landkreises Leipzig) für die Dauer dessen Wahlperiode aus seiner Mitte gewählt. Für jeden weiteren Vertreter ist ein Stellvertreter zu wählen, der diesen im Falle seiner Verhinderung vertritt; Satz 1 gilt entsprechend.

(5) Nach Ablauf der kommunalen Wahlperiode führen die bisherigen weiteren Vertreter in der Verbandsversammlung die Geschäfte bis zur Neuwahl der weiteren Vertreter fort, entsprechendes gilt für ihre Stellvertreter.

(6) Scheidet ein weiterer Vertreter oder Stellvertreter vorzeitig aus dem Hauptorgan des jeweiligen Verbandsmit-

gliedes (Stadtrat der Stadt Leipzig/Kreistag des Landkreises Leipzig) aus, endet damit auch seine Zugehörigkeit zur Verbandsversammlung; für die restliche Dauer der Wahlperiode wird ein Nachfolger gewählt.

(7) Die Vertreter in der Verbandsversammlung und deren Stellvertreter können sich nicht untereinander vertreten.

(8) Bedienstete des Zweckverbandes können nicht Vertreter in der Verbandsversammlung oder Stellvertreter sein.

(9) Die Vertreter der Verbandsmitglieder in der Verbandsversammlung sind ehrenamtlich tätig.

(10) In der Verbandsversammlung stehen der Stadt Leipzig neun Stimmen und dem Landkreis Leipzig sechs Stimmen zu. Die Stimmen eines Verbandsmitgliedes werden einheitlich durch dessen Vertreter nach § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG (bzw. im Verhinderungsfall durch dessen Stellvertreter) abgegeben.

(11) Die Vertreter in der Verbandsversammlung sind an nach § 52 Abs. 4 Satz 1 SächsKomZG erteilte Weisungen ihrer Verbandsmitglieder gebunden.

§ 6 Aufgaben und Zuständigkeiten der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung ist das Hauptorgan des Zweckverbandes. Sie nimmt die Aufgaben des Zweckverbandes wahr, soweit sie nicht von Gesetzes wegen oder aufgrund von Bestimmungen dieser Verbandssatzung oder durch Beschluss der Verbandsversammlung in die Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden oder des Verwaltungsrates fallen. Die Verbandsversammlung überwacht die Ausführung ihrer Beschlüsse und sorgt beim Auftreten von Missständen in der Verbandsverwaltung für deren Beseitigung durch den Verbandsvorsitzenden.

(2) Die Verbandsversammlung ist insbesondere ausschließlich beschlusszuständig für:

1. den Erlass, die Änderung und die Aufhebung der Verbandssatzung und sonstiger Satzungen des Zweckverbandes,
2. den Erlass der Haushaltssatzung einschließlich Festsetzung des Wirtschaftsplanes und die Festsetzung von Umlagen,
3. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Billigung des Lageberichtes, die Verwendung des Jahresgewinnes oder die Behandlung des Jahresverlustes und die Entlastung des Verbandsvorsitzenden sowie des Geschäftsleiters,
4. die jährliche Bestellung der Prüfungseinrichtung bzw. des Prüfers, welche den Jahresabschluss des Zweckverbandes prüfen (Abschlussprüfer),
5. die jährliche Bestellung der Prüfungseinrichtung bzw. des Prüfers, der die Prüfung nach § 59 SächsKomZG i. V. m. §§ 103 ff SächsGemO (örtliche Prüfung) vornimmt,
6. den Erwerb, die Veräußerung oder die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
7. die Vermietung oder Verpachtung von Einrichtungen des Zweckverbandes,
8. die Aufnahme von Krediten, ausgenommen Kassenkredite bis zu dem in der jeweiligen Haushaltssatzung festgelegten Höchstbetrag,
9. die Bestellung von Sicherheiten, die Übernahme von Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen sowie über den Abschluss der ihnen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäfte,

10. die Zustimmung zum Abschluss von Rechtsgeschäften aller Art, die den Zweckverband im Einzelfall in Höhe von mehr als 250.000 € oder jährlich wiederkehrend in Höhe von mehr als 100.000 € verpflichten,
 11. den Verzicht auf Ansprüche des Zweckverbandes und die Niederschlagung solcher Ansprüche und den Abschluss von Vergleichen, soweit sie einen Betrag von 50.000 € überschreiten,
 12. die Führung von Rechtsstreitigkeiten von erheblicher Bedeutung,
 13. die Übernahme weiterer Aufgaben, welche die Verbandsmitglieder dem Zweckverband durch Vereinbarung übertragen,
 14. die Errichtung und wesentliche Erweiterung von den Verbandsaufgaben dienenden Abfallentsorgungsanlagen,
 15. die Errichtung, Übernahme, wesentliche Veränderung, vollständige oder teilweise Veräußerung und die Auflösung von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen sowie die unmittelbare und mittelbare Beteiligung des Zweckverbandes an solchen,
 16. die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seines Stellvertreters,
 17. die Bestellung und Abberufung von neben dem Verbandsvorsitzenden weiteren durch den Zweckverband in die Gesellschafterversammlung oder das entsprechende Organ eines eigenen Unternehmens oder Beteiligungsunternehmens in Privatrechtsform zu entsendenden Vertretern,
 18. die Bestimmung von Personen, die der Zweckverband als Mitglied des Aufsichtsrates oder eines entsprechenden Überwachungsorgans eines eigenen Unternehmens oder Beteiligungsunternehmens in Privatrechtsform entsenden oder der Gesellschafterversammlung zur Wahl vorschlagen kann; § 98 Abs. 2 SächsGemO findet entsprechend Anwendung,
 19. die Eckpunkte des Anstellungsvertrages des Geschäftsleiters,
 20. den Erlass, die Änderung oder Aufhebung der Geschäftsordnung der Verbandsversammlung und die Bestätigung der Geschäftsordnung für die Geschäftsleitung,
 21. die Übertragung von weiteren Aufgaben auf den Verwaltungsrat oder den Verbandsvorsitzenden,
 22. den Beitritt weiterer Verbandsmitglieder zum Zweckverband und den Ausschluss oder das Ausscheiden von Verbandsmitgliedern aus dem Zweckverband,
 23. den Beitritt des Zweckverbandes zu anderen Verbänden bzw. anderen Formen der kommunalen Zusammenarbeit und den Austritt aus diesen,
 24. die Auflösung des Zweckverbandes,
 25. Angelegenheiten, über die kraft Gesetzes oder aufgrund dieser Satzung die Verbandsversammlung entscheidet.
- Die in dieser Satzung genannten Wertgrenzen stellen Nettobeträge (d. h. insbesondere ohne gesetzliche Umsatzsteuer) dar.

(3) In den in Absatz 2 Nr. 15 genannten Angelegenheiten üben die Vertreter des Zweckverbandes in Gesellschafterversammlungen oder entsprechenden Organen der eigenen Unternehmen sowie der Unternehmen, an denen der Zweckverband beteiligt ist, ihre Befugnisse auf Grund von Beschlüssen der Verbandsversammlung aus. In anderen Angelegenheiten betreffend Unternehmen des Zweckverbandes kann die Verbandsversammlung den im vorstehenden Satz näher bezeichneten Vertretern des Zweckverbandes Weisungen erteilen.

§ 7

Sitzungen der Verbandsversammlung, Geschäftsgang

(1) Die Verbandsversammlung ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert, mindestens jedoch einmal im Jahr. Sie ist außerdem unverzüglich einzuberufen, wenn dies von mindestens einem Verbandsmitglied beim Verbandsvorsitzenden unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes verlangt wird und die Verbandsversammlung den gleichen Verhandlungsgegenstand nicht innerhalb der letzten sechs Monate bereits behandelt hat oder wenn sich seit der Behandlung die Sach- oder Rechtslage wesentlich geändert hat. Der Verhandlungsgegenstand muss in die Zuständigkeit der Verbandsversammlung fallen.

(2) Die Einberufung der Verbandsversammlung durch den Verbandsvorsitzenden erfolgt schriftlich oder in elektronischer Form mit einer Frist von zwei Wochen unter Angabe von Tag, Zeit und Ort der Sitzung sowie unter Mitteilung der Verhandlungsgegenstände (Tagesordnung); dabei sind ebenfalls die für die Beratung erforderlichen Unterlagen beizufügen, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen. In Eilfällen kann die Verbandsversammlung ohne Frist, formlos und nur unter Angabe der Verhandlungsgegenstände einberufen werden.

(3) Die Sitzungen der Verbandsversammlung sind öffentlich, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner eine nichtöffentliche Verhandlung erfordern.

(4) Der Geschäftsleiter nimmt an den Sitzungen der Verbandsversammlung teil, sofern die Verbandsversammlung im Einzelfall nichts anderes bestimmt.

(5) Über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen der Verbandsversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die elektronische Form ist ausgeschlossen. Die Niederschrift muss insbesondere den Namen des Vorsitzenden der Verbandsversammlung bzw. Sitzungsleiters, die Namen und die Zahl der anwesenden Vertreter der Verbandsmitglieder in der Verbandsversammlung, die Namen der abwesenden Verbandsräte unter Angabe des Grundes der Abwesenheit, die Gegenstände der Verhandlung, die Anträge, die Abstimmungs- und Wahlergebnisse und den Wortlaut der Beschlüsse enthalten. Der Verbandsvorsitzende und jeder Verbandsrat können verlangen, dass ihre Erklärung in der Niederschrift festgehalten wird. Die Niederschrift ist vom Verbandsvorsitzenden bzw. Sitzungsleiter, von zwei Verbandsräten, die an der Sitzung teilgenommen haben, und vom Schriftführer zu unterzeichnen. Die Niederschrift ist der Verbandsversammlung in der Regel spätestens zur nächsten Sitzung zur Kenntnis zu bringen. Über gegen die Niederschrift vorgebrachte Einwendungen entscheidet die Verbandsversammlung. Das Nähere über die Niederschrift kann die Geschäftsordnung der Verbandsversammlung regeln.

(6) Die Verbandsversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung, in der sie ihre inneren Angelegenheiten, insbesondere den Gang ihrer Verhandlungen, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften regelt.

(7) Auf den Geschäftsgang der Verbandsversammlung finden im Übrigen die Bestimmungen der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen über den Gemeinderat entsprechende Anwendung, soweit in dieser Verbandssatzung oder dem Sächsischen Gesetz über kommunale Zusammenarbeit nichts oder nichts anderes bestimmt ist.

§ 8
Beschlussfähigkeit und Beschlüsse
der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung kann nur in einer ordnungsgemäß einberufenen und geleiteten Sitzung beraten und beschließen. Eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung der Vertreter in der Verbandsversammlung gilt als geheilt, wenn der Vertreter zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht. Die Vertreter sind hierauf zu Beginn der Sitzung hinzuweisen. Über Gegenstände einfacher Art und geringer Bedeutung kann im schriftlichen oder elektronischen Verfahren beschlossen werden; ein hierbei gestellter Antrag ist angenommen, wenn kein Verbandsmitglied widerspricht. Ein solcher Widerspruch ist durch den jeweiligen Stimmführer des Verbandsmitgliedes nach § 5 Abs. 2 Satz 1 und 2 dieser Satzung oder im Verhinderungsfall durch dessen Stellvertreter zu erklären.

(2) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn in der Verbandsversammlung mindestens die Hälfte der satzungsmäßigen Vertreter der Verbandsmitglieder (oder deren Stellvertreter), darunter alle Vertreter gemäß § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG (oder deren Stellvertreter im Fall der Verhinderung) sowie der Verbandsvorsitzende bzw. im Verhinderungsfall seine Stellvertretung, anwesend sind und jedes Verbandsmitglied stimmberechtigt vertreten ist.

(3) Im Falle der Beschlussunfähigkeit ist binnen einer Woche zur Erledigung der gleichen Tagesordnung eine zweite Sitzung einzuberufen. Der Termin der neuen Verbandsversammlung soll höchstens vier Wochen nach dem ursprünglichen Sitzungstermin liegen. In der zweiten Sitzung ist die Verbandsversammlung beschlussfähig, wenn die Vertreter der Verbandsmitglieder gemäß § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG (oder im Verhinderungsfall deren Stellvertreter) anwesend und stimmberechtigt sind; hierauf ist bei der Einberufung der zweiten Sitzung ausdrücklich hinzuweisen. Die zweite Sitzung entfällt, wenn einer der Stimmführer der Verbandsmitglieder (oder im Verhinderungsfall dessen Stellvertreter) fehlt oder nicht stimmberechtigt ist. Ist die Verbandsversammlung auch in der zweiten Sitzung wegen Befangenheit eines der Stimmführer (bzw. im Verhinderungsfall dessen Stellvertreters) nicht beschlussfähig, entscheidet der Verbandsvorsitzende an Stelle der Verbandsversammlung nach Anhörung der nicht befangenen Mitglieder. Sind auch der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter befangen, gilt § 117 SächsGemO entsprechend, sofern nicht die Verbandsversammlung einen Vertreter für die Entscheidung zum Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden bestellt.

(4) Die Verbandsversammlung beschließt durch Abstimmungen und Wahlen.

(5) Die Beschlüsse der Verbandsversammlung werden mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Verbandsmitglieder gefasst, soweit nicht durch Gesetz oder nach dieser Verbandssatzung andere Mehrheitserfordernisse vorgesehen sind. Stimmenthaltungen werden für die Ermittlung der Stimmenmehrheit nicht berücksichtigt. Ein Verbandsmitglied kann sich nur mit der Gesamtheit seiner Stimmen enthalten.

(6) In nichtöffentlicher Sitzung kann über Gegenstände, die nicht Bestandteil der Tagesordnung waren, entschieden werden, wenn alle satzungsmäßigen Vertreter der Verbandsmitglieder gemäß § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG oder deren Stellvertreter dies durch einstimmigen Beschluss zulassen und sofern die Gegenstände in entsprechender

Anwendung der Vorgaben der SächsGemO nicht eine Behandlung in öffentlicher Sitzung erfordern.

§ 9
Verbandsvorsitzender

(1) Der Verbandsvorsitzende sowie sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus der Mitte der gemäß § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG entsandten Vertreter der Verbandsmitglieder gewählt.

(2) Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter werden für die Dauer von fünf Jahren, sind sie Inhaber eines kommunalen Wahlamtes eines Verbandsmitglieds, für die Dauer dieses Amtes gewählt.

(3) Das Amt des Verbandsvorsitzenden oder seines Stellvertreters endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus der Verbandsversammlung. Scheidet der Verbandsvorsitzende oder sein Stellvertreter vorzeitig aus, wählt die Verbandsversammlung einen neuen Verbandsvorsitzenden oder Stellvertreter.

(4) Der Verbandsvorsitzende kann entsprechend den für die Abwahl der Beigeordneten geltenden Vorschriften der Sächsischen Gemeindeordnung vorzeitig abgewählt werden.

(5) Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter sind ehrenamtlich tätig.

(6) Der Verbandsvorsitzende ist Vorsitzender der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrates sowie Leiter der Verbandsverwaltung. Der Verbandsvorsitzende bzw. im Verhinderungsfall sein Stellvertreter nach Absatz 1 bereitet die Sitzungen der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrates vor und leitet sie; er vollzieht die Beschlüsse der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrates. Der Verbandsvorsitzende erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Gesetz, andere Rechtsvorschriften, diese Satzung oder von der Verbandsversammlung übertragenen Aufgaben. Er entscheidet über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, die nicht der Verbandsversammlung oder dem Verwaltungsrat obliegen.

(7) Dem Verbandsvorsitzenden werden folgende Entscheidungen dauernd übertragen, soweit nicht nach dieser Satzung die Verbandsversammlung zuständig ist: die Zustimmung zum Abschluss von Rechtsgeschäften aller Art, die den Zweckverband im Einzelfall einmalig in Höhe von bis zu 125.000 € oder jährlich wiederkehrend in Höhe von bis zu 40.000 € verpflichten.

(8) In dringenden Angelegenheiten, deren Erledigung nicht bis zu einer ohne Frist und formlos einberufenen Sitzung der Verbandsversammlung oder des Verwaltungsrates aufgeschoben werden kann, entscheidet der Verbandsvorsitzende anstelle der Verbandsversammlung oder des Verwaltungsrates. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind der Verbandsversammlung oder dem Verwaltungsrat unverzüglich mitzuteilen.

(9) Der Verbandsvorsitzende vertritt den Zweckverband. In Angelegenheiten, die den Verbandsvorsitzenden persönlich betreffen, wird der Zweckverband durch den Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden vertreten.

(10) Der Verbandsvorsitzende kann die eigenständige Erledigung und Ausführung von Aufgaben und Befugnissen dem Geschäftsleiter (§ 12) zuweisen.

§ 10

Zusammensetzung, Aufgaben und Zuständigkeiten des Verwaltungsrates

(1) Der Verwaltungsrat besteht aus dem Verbandsvorsitzenden als Vorsitzendem und den gemäß § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKornZG in die Verbandsversammlung entsandten Vertretern der Verbandsmitglieder (im Nachfolgenden „geborene Mitglieder“ genannt) sowie vier weiteren Mitgliedern (im Nachfolgenden „weitere Mitglieder“ genannt).

(2) Die weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates werden durch die Verbandsversammlung auf Vorschlag der Verbandsmitglieder widerruflich gewählt. Den Verbandsmitgliedern Stadt Leipzig und Landkreis Leipzig stehen jeweils Vorschlagsrechte für zwei der zu wählenden Verwaltungsratsmitglieder zu.

(3) Jedes Mitglied des Verwaltungsrates hat einen persönlichen Stellvertreter, der von der Verbandsversammlung widerruflich zu wählen ist. Für die zu wählenden Stellvertreter stehen den Verbandsmitgliedern Vorschlagsrechte für die jeweils ihnen zuzurechnenden geborenen und weiteren Verwaltungsratsmitglieder zu.

(4) Im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden des Verwaltungsrates wird dieser im Vorsitz des Verwaltungsrates durch den gewählten Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden vertreten.

(5) War für die Wahl eines weiteren Mitglieds des Verwaltungsrates oder eines Stellvertreters eines weiteren Mitglieds ein bestimmtes Amt oder eine bestimmte Funktion maßgebend, endet mit Beendigung dieses Amtes bzw. dieser Funktion automatisch die Mitgliedschaft im Verwaltungsrat oder die Stellvertretung.

(6) Im Falle der Beendigung des Amtes eines weiteren Mitglieds oder eines Stellvertreters nach Absatz 3 durch Widerruf der Wahl oder aus sonstigen Gründen wählt die Verbandsversammlung unverzüglich einen Nachfolger.

(7) Bedienstete des Zweckverbandes können nicht Mitglied des Verwaltungsrates oder Stellvertreter sein.

(8) Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind ehrenamtlich tätig.

(9) Im Verwaltungsrat hat jedes Mitglied nach Absatz 1 eine Stimme.

(10) Der Verwaltungsrat entscheidet über alle Angelegenheiten, die ihm nach dieser Verbandssatzung oder von der Verbandsversammlung zur Entscheidung übertragen worden sind und soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt. Er entscheidet im Übrigen in allen Fällen, die nicht der Verbandsversammlung, dem Verbandsvorsitzenden oder dem Geschäftsleiter obliegen. Durch Beschluss der Verbandsversammlung können dem Verwaltungsrat im Einzelfall weitere Zuständigkeiten zugewiesen werden.

(11) Dem Verwaltungsrat werden folgende Entscheidungen dauernd übertragen, soweit nicht nach dieser Satzung die Verbandsversammlung zuständig ist: die Zustimmung zum Abschluss von Rechtsgeschäften jeder Art, die den Zweckverband im Einzelfall in Höhe von mehr als 125.000 € bis zu 250.000 € und jährlich wiederkehrend in Höhe von mehr als 40.000 € bis zu 100.000 € verpflichten.

(12) Der Verwaltungsrat berät die Sitzungen der Verbandsversammlung vor. Er berät insbesondere alle Angelegenheiten des Zweckverbandes vor, die der Beschlussfassung der Verbandsversammlung unterliegen, und spricht in diesen Fällen eine Empfehlung zur Entscheidung aus. Der Verwaltungsrat unterstützt und berät auch den Verbandsvorsitzenden bei Angelegenheiten, die dieser in den Verwaltungsrat einbringt. Die Zuständigkeiten und Befugnisse des Verbandsvorsitzenden bleiben von der Wahrnehmung von Aufgaben durch den Verwaltungsrat nach den vorstehenden Sätzen 1 bis 3 unberührt.

§ 11

Sitzungen und Beschlüsse des Verwaltungsrates

(1) Der Verwaltungsrat ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert, in der Regel einmal im Quartal. Er ist außerdem unverzüglich einzuberufen, wenn dies von mindestens einem Mitglied des Verwaltungsrates beim Vorsitzenden unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes verlangt wird.

(2) Die Einberufung des Verwaltungsrates durch den Vorsitzenden erfolgt schriftlich oder in elektronischer Form mit einer Frist von zwei Wochen unter Angabe von Tag, Zeit und Ort der Sitzung sowie unter Mitteilung der Verhandlungsgegenstände (Tagesordnung); dabei sind ebenfalls die für die Beratung erforderlichen Unterlagen beizufügen. In Eilfällen kann der Verwaltungsrat ohne Frist, formlos und nur unter Angabe der Verhandlungsgegenstände einberufen werden.

(3) Die Sitzungen des Verwaltungsrates sind nichtöffentlich, sofern er (vor)beratend tätig wird. Entscheidet bzw. beschließt er dagegen nach § 10 Abs. 11 dieser Satzung sowie in weiteren Fällen aufgrund von Aufgabendelegation der Verbandsversammlung, z. B. nach § 10 Abs. 10 dieser Satzung, sind die Sitzungen öffentlich, soweit nicht im Einzelfall in entsprechender Anwendung von § 7 Abs. 3 dieser Satzung die Öffentlichkeit auszuschließen ist.

(4) Der Geschäftsleiter nimmt an den Sitzungen des Verwaltungsrates teil, sofern der Verwaltungsrat im Einzelfall nichts anderes bestimmt.

(5) Über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen des Verwaltungsrates ist eine Niederschrift zu fertigen; die elektronische Form ist ausgeschlossen. Die Niederschrift muss insbesondere den Namen des Vorsitzenden des Verwaltungsrates bzw. Sitzungsleiters, die Namen der anderen anwesenden Mitglieder des Verwaltungsrates oder deren Stellvertreter, die Gegenstände der Verhandlung, Anträge, Abstimmungsergebnisse und den Wortlaut gefasster Beschlüsse, Empfehlungen an die Verbandsversammlung sowie sonstige Beratungsergebnisse enthalten. Der Vorsitzende und jedes Mitglied können verlangen, dass ihre Erklärung in der Niederschrift festgehalten wird. Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden bzw. Sitzungsleiter, von einem anderen Verwaltungsratsmitglied, das an der Sitzung teilgenommen hat, und vom Schriftführer zu unterzeichnen. Die Niederschrift ist dem Verwaltungsrat in der Regel spätestens zur nächsten Sitzung zur Kenntnis zu bringen. Über gegen die

Niederschrift vorgebrachte Einwendungen entscheidet der Verwaltungsrat. Näheres zur Niederschrift kann die Geschäftsordnung des Verwaltungsrats regeln.

(6) Der Verwaltungsrat kann nur in einer ordnungsgemäß einberufenen und geleiteten Sitzung beraten und beschließen. Eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung der Mitglieder des Verwaltungsrates gilt als geheilt, wenn dieses Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht. Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind hierauf zu Beginn der Sitzung hinzuweisen. Über Gegenstände einfacher Art und geringer Bedeutung kann im schriftlichen oder elektronischen Verfahren beschlossen werden; ein hierbei gestellter Antrag ist angenommen, wenn kein Mitglied des Verwaltungsrates widerspricht. Ein schriftliches oder elektronisches Verfahren nach Satz 4 ist auch möglich für die Vorberatung von Gegenständen einfacher Art und geringer Bedeutung, zu denen der Verwaltungsrat vor einer Entscheidung der Versammlung eine Empfehlung an diese abzugeben hat.

(7) Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder bzw. im Falle der Verhinderung ihrer Stellvertreter anwesend und stimmberechtigt ist. Des Weiteren muss der Vorsitzende oder sein Stellvertreter im Vorsitz anwesend sein.

(8) Im Falle der Beschlussunfähigkeit ist binnen einer Woche zur Erledigung der gleichen Tagesordnung eine zweite Sitzung einzuberufen. Der Termin der neuen Verwaltungsratssitzung soll höchstens drei Wochen nach dem ursprünglichen Sitzungstermin liegen. In der zweiten Sitzung ist der Verwaltungsrat beschlussfähig, wenn mindestens zwei Verwaltungsratsmitglieder oder deren Stellvertreter anwesend und stimmberechtigt sind. Bei der Einberufung der zweiten Sitzung ist hierauf hinzuweisen.

(9) Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht durch Gesetz oder nach dieser Verbandssatzung andere Mehrheitserfordernisse vorgesehen sind. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt. Stimmenthaltungen werden für die Ermittlung der Stimmenmehrheit nicht berücksichtigt.

(10) Der Verwaltungsrat kann sich bei Bedarf eine Geschäftsordnung geben, in der er seine inneren Angelegenheiten, regelt.

§ 12 Geschäftsleiter

(1) Der Zweckverband hat einen hauptamtlichen Geschäftsleiter.

(2) Die Stelle des Geschäftsleiters wird in einem öffentlichen Ausschreibungsverfahren mit Bestätigung durch die Versammlung besetzt. Der Verwaltungsrat trifft unter den Bewerbern für die Stelle des Geschäftsleiters eine Vorauswahl und gibt gegenüber der Versammlung eine Empfehlung für die personelle Besetzung ab.

(3) Der Geschäftsleiter ist Angestellter des Zweckverbandes. Der Zweckverband schließt als arbeitsrechtliche Grundlage einen Geschäftsleiteranstellungsvertrag mit dem Geschäftsleiter ab, über die Eckpunkte dieses Vertrages entscheidet die Versammlung.

(4) Der Verbandsvorsitzende kann Aufgaben aus seinem Zuständigkeitsbereich dem Geschäftsleiter zur Erledigung übertragen. Eine Übertragung von Aufgaben und Befugnissen durch den Verbandsvorsitzenden nach § 9 Abs. 10 dieser Verbandssatzung im Einzelfall erfordert keine entsprechende Regelung in der Geschäftsordnung. Gesetzliche und/oder satzungsmäßige Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der Verbandsorgane bleiben im Übrigen von einer Übertragung von Aufgaben und Befugnissen an den Geschäftsleiter unberührt; liegt die abschließende Zuständigkeit bei der Versammlung, dem Verwaltungsrat oder dem Verbandsvorsitzenden, ist der Geschäftsleiter insofern vorbereitend oder unterstützend tätig.

Der Geschäftsleiter ist an die Gesetze sowie andere einschlägige rechtliche Bestimmungen, diese Verbandssatzung, Beschlüsse der Versammlung oder des Verwaltungsrates sowie Entscheidungen und Weisungen des Verbandsvorsitzenden gebunden.

(5) Der Geschäftsleiter hat über alle wichtigen Angelegenheiten des Verbandes den Verbandsvorsitzenden und den Verwaltungsrat unverzüglich sowie die Versammlung in der nächsten Sitzung zu unterrichten.

§ 13 Geschäftsstelle, Bedienstete des Zweckverbandes

(1) Der Zweckverband unterhält zur Verwaltung des Zweckverbandes eine Geschäftsstelle.

(2) Der Zweckverband stellt neben dem Geschäftsleiter (§ 12) zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderliche weitere fachlich geeignete hauptamtliche Bedienstete ein.

(3) Dienstvorgesetzter des Geschäftsleiters und der weiteren Bediensteten des Zweckverbandes ist der Verbandsvorsitzende.

(4) Die Bediensteten sind zur Wahrung von Amts- und Geschäftsgeheimnissen des Zweckverbandes und der Verbandsmitglieder sowie zur Wahrung des Datenschutzes und zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Dienstobliegenheiten zu verpflichten.

III. Abschnitt Wirtschafts- und Finanzverfassung

§ 14 Wirtschaftsführung und Rechnungsprüfung

(1) Für die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und den Jahresabschluss des Zweckverbandes finden die für die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und den Jahresabschluss der Eigenbetriebe geltenden Vorschriften entsprechend Anwendung mit der Maßgabe, dass

1. an die Stelle der Gemeinde der Zweckverband, an die Stelle der Betriebssatzung die Verbandssatzung, an die Stelle des Gemeinderats die Versammlung, an die Stelle des Bürgermeisters und an die Stelle der Betriebsleitung der Verbandsvorsitzende tritt, und
2. an die Stelle des Betriebsausschusses der Verwaltungsrat tritt.

(2) Zur Erledigung aller Kassengeschäfte des Zweckverbandes unterhält der Verband eine Verbandskasse.

(3) Der Zweckverband bedient sich für die örtliche Prüfung eines kommunalen Rechnungsprüfungsamtes oder

Rechnungsprüfers, eines Wirtschaftsprüfers oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Über die Prüfungseinrichtung oder den Prüfer gemäß vorstehenden Satz beschließt die Verbandsversammlung jährlich.

(4) Der Verband bildet unter Berücksichtigung der einschlägigen rechtlichen Maßgaben die erforderlichen Rücklagen und Rückstellungen für künftige Investitionen, Nachsorgeaufgaben und anderweitige Verpflichtungen.

§ 15

Deckung des Finanzbedarfs

(1) Der Zweckverband erhebt von den Benutzern der von ihm oder seinem/seinen beauftragten Dritten betriebenen Entsorgungseinrichtungen einschließlich der von ihm oder seinem/seinen beauftragten Dritten erbrachten Leistungen Gebühren oder Entgelte. Gegenüber den Verbandsmitgliedern stellt der Verband seinen Aufwand nach Maßgabe von § 9 Abs. 4 SächsKAG in der aktuell gültigen Fassung in Rechnung.

(2) Der Zweckverband erlässt eine Gebührensatzung sowie für zwei Haushaltsjahre, nach Jahren getrennt, eine Haushaltssatzung (Doppelhaushalt), die der Erfüllung der Aufgaben des Zweckverbandes nach § 2 dieser Verbandsatzung Rechnung trägt. In der Haushaltssatzung des Zweckverbandes ist die Höhe des für das jeweilige Wirtschaftsjahr den Verbandsmitgliedern in Rechnung zu stellenden Aufwandes in Form von Verrechnungssätzen pro Tonne angedienter Abfall nach Abfallarten festzusetzen.

(3) Soweit seine sonstigen Erträge zur Deckung seines Finanzbedarfs nicht ausreichen, kann der Zweckverband von seinen Verbandsmitgliedern eine Umlage erheben. Umlagemaßstab ist die Einwohnerzahl des jeweiligen Verbandsmitgliedes im Verhältnis zur Gesamteinwohnerzahl im Verbandsgebiet; maßgeblich ist die vom Statistischen Landesamt des Freistaats zum Stichtag 30. Juni des Vorjahres fortgeschriebene Einwohnerzahl. Die Höhe der Umlage wird in der Haushaltssatzung des Zweckverbandes für jedes Wirtschaftsjahr, getrennt nach Ergebnis- und Finanzhaushalt, festgesetzt.

(4) Umlagen sind nach In-Kraft-Treten der Haushaltssatzung gegenüber den Verbandsmitgliedern durch Bescheid festzusetzen.

(5) Über die Notwendigkeit der Erhebung einer Umlage im Folgejahr und deren voraussichtliche Höhe sowie über die voraussichtliche Höhe der Verrechnungssätze im Sinne von Abs. 2 Satz 2 im Folgejahr werden die Verbandsmitglieder bis zum 15. Juni des laufenden Jahres schriftlich vom Verbandsvorsitzenden informiert.

(6) Sind zu Beginn des Wirtschaftsjahres des Zweckverbandes die Verrechnungssätze im Sinne von Abs. 2 Satz 2 noch nicht wirksam festgesetzt, kann der Zweckverband bis zur wirksamen Festsetzung den Verbandsmitgliedern unter Berücksichtigung der gemäß Abs. 5 mitgeteilten voraussichtlichen Höhe der Verrechnungssätze vorläufige Beträge unter dem Vorbehalt der endgültigen Rechnungslegung in Rechnung stellen.

IV. Abschnitt

Änderungen der Verbandssatzung, Änderungen im Mitgliederbestand und Auflösung des Zweckverbandes

§ 16

Beitritt weiterer Verbandsmitglieder

(1) Über die Aufnahme neuer Verbandsmitglieder beschließt die Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Verbandsmitglieder. Im Übrigen sind die weiteren rechtlichen Anforderungen sowie Zustimmungs- und Genehmigungserfordernisse zu beachten.

(2) Die Aufnahme weiterer Verbandsmitglieder in den Zweckverband soll in der Regel nur zu Beginn eines Wirtschaftsjahres erfolgen.

(3) Einzelheiten im Zusammenhang mit der Aufnahme eines weiteren Verbandsmitglieds in den Zweckverband, insbesondere hinsichtlich der Übertragung von Vermögen, sind zwischen dem Zweckverband und dem weiteren Verbandsmitglied schriftlich zu vereinbaren, soweit hierzu nicht bereits Regelungen in der Verbandssatzung zu treffen sind.

§ 17

Änderung der Verbandssatzung

Änderungen der Verbandssatzung beschließt die Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Vertreter der Verbandsmitglieder. Die Verfahrens- und Genehmigungserfordernisse im Übrigen richten sich nach den einschlägigen Bestimmungen.

§ 18

Ausscheiden oder Ausschluss eines Verbandsmitgliedes

(1) Ein Verbandsmitglied kann durch Austritt auf schriftlichen Antrag aus dem Zweckverband ausscheiden. Der Austritt ist mit einer Frist von mindestens zwei Jahren zum Ende eines Wirtschaftsjahres zu beantragen. Über den Austritt beschließt die Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Verbandsmitglieder. Im Übrigen sind die einschlägigen rechtlichen Anforderungen sowie Zustimmungs- und Genehmigungserfordernisse zu beachten.

(2) Ein Mitglied kann aus dem Zweckverband ausgeschlossen werden. Für den Ausschluss gelten Abs. 1 Satz 3 und 4 entsprechend.

(3) Scheidet ein Verbandsmitglied aus dem Zweckverband aus oder wird es aus dem Verband ausgeschlossen, haftet es dem Zweckverband gegenüber für alle Verbindlichkeiten des Verbandes, die vor seinem Ausscheiden entstanden sind, nach Maßgabe des Umlagemaßstabes im Zeitpunkt des Ausscheidens bzw. Ausschlusses.

(4) Besteht der Zweckverband nach Ausscheiden oder Ausschluss von Verbandsmitgliedern nur noch aus einem Verbandsmitglied, ist er aufgelöst (§ 62 Abs. 4 Sächs-KomZG).

§ 19 Auflösung des Zweckverbandes

(1) Die Auflösung des Zweckverbandes über den Fall des § 18 Abs. 4 hinaus und die Abwicklung richten sich nach den einschlägigen rechtlichen Vorschriften, insbesondere § 62 SächsKomZG sowie § 3 SächsKrWBodSchG. Bei der Abwicklung des Verbandes im Falle einer Auflösung durch Beschluss der Verbandsversammlung sind etwaige Vorgaben aus der Auseinandersetzungsvereinbarung der Verbandsmitglieder im Sinne von Absatz 2 zu beachten.

(2) In der Einigung über die Auseinandersetzung sollen die Verbandsmitglieder sich über die mögliche Übertragung von Vermögen einschließlich Anlagen des Verbandes an die Verbandsmitglieder verständigen, sofern diese nicht im Zuge der Abwicklung an Dritte veräußert werden sollen. Ist eine Einigung zur Übernahme von ortsfesten Abfallentsorgungseinrichtungen, soweit sie weder stillgelegt noch veräußert werden sollen oder können, nicht möglich, sollen diese demjenigen Verbandsmitglied übertragen werden, auf dessen Gebiet sie sich befinden. Sofern die Verbandsmitglieder nicht einvernehmlich etwas anderes vereinbaren, gilt für die Wertberechnung der nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ermittelte Zeitwert auf Grundlage des Neuwertes und des Anschaffungspreises sowie unter Berücksichtigung von Wertminderungen; der Wert wird durch ein Gutachten festgestellt, das einvernehmlich unter jeweils hälftiger Tragung der Kosten der Erstellung des Gutachtens vom Zweckverband und dem die Einrichtung übernehmenden Verbandsmitglied zu erstellen ist.

Das nach einer Abwicklung verbleibende Restvermögen des Verbandes ist nach dem Umlagemaßstab zwischen den Verbandsmitgliedern zu verteilen. Nach demselben Maßstab sind etwaige verbleibende Verbindlichkeiten des Verbandes von den Verbandsmitgliedern zu tragen.

Bedienstete des Zweckverbandes sind von den Verbandsmitgliedern mit sämtlichen Folgekosten zu übernehmen.

(3) Der Zweckverband gilt nach seiner Auflösung als fortbestehend, solange die Abwicklung dies erfordert. Die Abwicklung ist Aufgabe des Verbandsvorsitzenden, sofern die Verbandsversammlung nicht etwas anderes beschließt.

V. Abschnitt Schlussbestimmungen

§ 20 Entscheidung über Streitigkeiten

(1) Bei Streitigkeiten zwischen dem Zweckverband und seinen Verbandsmitgliedern sowie der Verbandsmitglieder untereinander über Rechte und Verbindlichkeiten aus dem Verbandsverhältnis, insbesondere über die Verteilung der Verbandslasten, ist die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde zur Schlichtung aufgerufen.

(2) Wenn die Beteiligten mit den Vorschlägen der Schlichtungsstelle zur gütlichen Beilegung des Streites nicht einverstanden sind, können sie ihre Ansprüche vor dem zuständigen Verwaltungsgericht geltend machen.

§ 21 Öffentliche und ortsübliche Bekanntmachung und Bekanntgabe

Soweit gesetzlich nichts anderes vorgeschrieben ist, erfolgen öffentliche und ortsübliche Bekanntmachungen und Bekanntgaben des Verbandes durch Abdruck in der Leipziger Volkszeitung (LVZ). Die die Verbandssatzung betreffenden Bekanntmachungen erfolgen im Sächsischen Amtsblatt. Die geltenden Satzungen des Zweckverbandes können in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes oder über die Homepage (www.zaw-sachsen.de) eingesehen werden.

§ 22 Sonstiges

Alle in dieser Satzung verwendeten Personen- und Funktionsbezeichnungen schließen alle Geschlechter (weiblich, männlich, divers) ein. Dies gilt auch, wenn nur die männliche Form angesprochen wird.

§ 23 Inkrafttreten

(1) Die Genehmigung der Verbandssatzung wird mit der Verbandssatzung von der Rechtsaufsichtsbehörde im Sächsischen Amtsblatt öffentlich bekannt gemacht.

(2) Diese Satzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung im Sinne von Absatz 1 in Kraft.

(3) Mit dem In-Kraft-Treten dieser Satzung tritt die Verbandssatzung vom 5. Juni 2023 (SächsABl. Nr. 31 S. 1117) außer Kraft.

Großpöna, den 10. Juni 2024

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
Heiko Rosenthal
Verbandsvorsitzender

Anlage zur Verbandssatzung
(zu § 3 Abs. 3 – Deponien)

1. Zentraldeponie Cröbern (ZDC) zur Entsorgung von Abfällen zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen
2. Deponie Seehausen (Stilllegungs- bzw. Nachsorgephase)
3. Deponie Groitzsch-Wischstauden (Stilllegungs- bzw. Nachsorgephase)
4. Deponie Holzhausen (Nachsorgephase)

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landratsamtes Erzgebirgskreis zur Genehmigung der Elften Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Abwasser „Schlematal“ – ZAST

Vom 10. Juli 2024

Das Landratsamt Erzgebirgskreis hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 28. Mai 2024 (Az.: 093.11/24-032.bi-6062) auf der Grundlage von § 61 Absatz 1 und § 26 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) die von der Verbandsversammlung am 17. April 2024 beschlossene Elfte Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Abwasser „Schlematal“ – ZAST vom 18. April 2024 wie folgt entschieden:

1. Die Elfte Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Abwasser „Schlematal“ – ZAST vom 18.04.2024 wird genehmigt.
2. Dieser Bescheid ergeht kostenfrei.

Die Elfte Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Abwasser „Schlematal“ – ZAST vom 18. April 2024 tritt am Tag nach dieser Bekanntmachung in Kraft.

Diese Bekanntmachung zur Genehmigung und die Elfte Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Abwasser „Schlematal“ – ZAST vom 18. April 2024 sind gemäß § 27a des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist, auf der Internetseite des Erzgebirgskreises unter www.erzgebirgskreis.de (Bekanntmachungen/Bekanntmachung nach § 27a VwVfG) einsehbar.

Annaberg-Buchholz, den 10. Juli 2024

Landratsamt Erzgebirgskreis
Rico Anton
Landrat

Elfte Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Abwasser „Schlematal“ – ZAST

Vom 18. April 2024

Auf der Grundlage von § 61 Abs.1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134), hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Abwasser „Schlematal“ – ZAST am 17.04.2024 folgende Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Abwasser „Schlematal“ – ZAST beschlossen:

Artikel 1 Änderung der Verbandssatzung

Die Verbandssatzung des Zweckverbandes Abwasser „Schlematal“ – ZAST in der Fassung vom 20. Oktober 1999 (mit redaktionellen Änderungen vom 3. November 1999) vom 25. April 2000 (veröffentlicht im Sächsischen Amtsblatt Nr. 20 vom 18. Mai 2000, S. 391), zuletzt geändert durch die zehnte Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Abwasser „Schlematal“ – ZAST vom

15. August 2019 (veröffentlicht im Sächsischen Amtsblatt Nr. 41 vom 10. Oktober 2019, S. 1417, 1418), wird wie folgt geändert:

§ 17 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

„(1) Öffentliche Bekanntmachungen des ZAST erfolgen, soweit keine besonderen gesetzlichen Bestimmungen bestehen, durch Einrücken in den „regionalspiegel AUE-BAD SCHLEMA, SCHWARZENBERG“. Als Tag der Bekanntmachung gilt der Erscheinungstag des „regionalspiegel AUE-BAD SCHLEMA, SCHWARZENBERG“.“

Artikel 2 In-Kraft-Treten

Die Änderungssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Änderungssatzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Aue-Bad Schlema, den 18. April 2024

W. Leonhardt
Verbandsvorsitzender

Hinweis nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung

Sollte diese Satzung unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sein, gilt sie ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber dem ZAST unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

**Bekanntmachung
des Landratsamtes Görlitz
über die Genehmigung
der 1. Änderung
der Gemeinschaftsvereinbarung
der Verwaltungsgemeinschaft Löbau**

Vom 8. Juli 2024

Das Landratsamt Görlitz hat mit Bescheid vom 24. Juni 2024, Az.: 9 100-00/11.1.5.01-8994-2-18, die von den Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Löbau (Gemeinde Großschweidnitz, Gemeinde Lawalde, Große Kreisstadt Löbau und Gemeinde Rosenbach) beschlossene 1. Änderung der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft Löbau genehmigt.

Rechtsgrundlage dieser Genehmigung ist § 38 Absatz 1 in Verbindung mit § 12 Absatz 1 Satz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit vom 19. August 1993 (SächsGVBl. S. 815, 1103), zuletzt geändert durch

Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134). Der Genehmigungsbescheid ist bereits bestandskräftig geworden.

Gemäß § 38 Absatz 2 Satz 2 in Verbindung mit § 13 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit werden hiermit die Genehmigung der 1. Änderung der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft Löbau und die 1. Änderung der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft Löbau bekannt gemacht.

Görlitz, den 8. Juli 2024

Landratsamt Görlitz
Dr. Stephan Meyer
Landrat

1. Änderung der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft Löbau

Aufgrund des § 37 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, beschließen die Große Kreisstadt Löbau und die Gemeinden Großschweidnitz, Lawalde und Rosenbach, die sämtlich dem Landkreis Görlitz angehören, nachfolgende 1. Änderung der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft Löbau.

Artikel 1 Änderung der Gemeinschaftsvereinbarung

Die Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft Löbau vom 20.04.2004, bekannt gemacht im Sächsischen Amtsblatt Nr. 27 vom 01. Juli 2004, Seite 691, wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt neu formuliert:

Bildung und Verfahren des Gemeinschaftsausschusses

(1) Die erfüllende Gemeinde bildet zusammen mit den beteiligten Gemeinden einen Gemeinschaftsausschuss. Der Gemeinschaftsausschuss besteht aus dem Gemeinschaftsvorsitzenden, den Bürgermeistern der beteiligten Gemeinden sowie weiteren Vertretern, die von der erfüllenden Gemeinde und den beteiligten Gemeinden in den Gemeinschaftsausschuss entsandt werden.

Gemeinden mit mehr als 500 Einwohnern entsenden weitere Vertreter in den Gemeinschaftsausschuss. Die Anzahl der weiteren Vertreter beträgt in Gemeinden mit

bis zu	1 000 Einwohnern	1,
bis zu	2 000 Einwohnern	2,
bis zu	3 000 Einwohnern	3,
bis zu	5 000 Einwohnern	4,
mit mehr als	5 000 Einwohnern	5.

Eine Mitgliedsgemeinde darf in eine Verwaltungsgemeinschaft mit zwei Mitgliedsgemeinden nicht mehr als drei Fünftel der Vertreter in den Gemeinschaftsausschuss entsenden, in eine Verwaltungsgemeinschaft mit mehr als zwei Mitgliedsgemeinden nicht mehr als zwei Fünftel.

(2) Die Vertreter einer Gemeinde können im Gemeinschaftsausschuss nur einheitlich abstimmen. Die Gemeinden können ihren Vertretern im Gemeinschaftsausschuss Weisungen erteilen.

(3) Den Vorsitz im Gemeinschaftsausschuss führt der Gemeinschaftsvorsitzende. Gemeinschaftsvorsitzender ist der Oberbürgermeister der erfüllenden Gemeinde. Stellvertretende Gemeinschaftsvorsitzende sind die Bürgermeister der beteiligten Gemeinden. Der Gemeinschaftsausschuss legt die Reihenfolge zur Stellvertretung fest.

Artikel 2 Inkrafttreten

Die 1. Änderung der Gemeinschaftsvereinbarung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung der rechtsaufsichtlichen Genehmigung und dieser Änderung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Löbau, den 16.05.2024

Albrecht Gubsch
Oberbürgermeister
Große Kreisstadt Löbau

Lawalde, den 16.05.2024

Nadja Kneschke
Bürgermeisterin
Gemeinde Lawalde

Großschweidnitz, den 16.05.2024

Jons Anders
Bürgermeister
Gemeinde Großschweidnitz

Rosenbach, den 16.05.2024

Roland Höhne
Bürgermeister
Gemeinde Rosenbach

**Bekanntmachung
des Landratsamtes Mittelsachsen
über die Genehmigung der Vereinbarung über die Umgliederung
der Flurstücke 633/1 und 633/2 der Gemarkung Hartmannsdorf
und des Flurstückes 787a der Gemarkung Mühlau**

Vom 9. Juli 2024

Das Landratsamt Mittelsachsen hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 9. Juli 2024 (Az.: 0.03-11150203/380-260/24-Lip) auf der Grundlage des § 8 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und Absatz 2 Nummer 3 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Mai 2024 (SächsGVBl. S. 500) geändert worden ist, die Vereinbarung zwischen der Gemeinde Mühlau und der Gemeinde Hart-

mannsdorf über die Ausgliederung der Flurstücke Nummer 633/1 und 633/2 aus der Gemarkung Hartmannsdorf in die Gemarkung Mühlau und des Flurstückes Nummer 787a aus der Gemarkung Mühlau in die Gemarkung Hartmannsdorf (Flächenumgliederung) vom 2. März 2023 beziehungsweise vom 6. Februar 2023, rechtsaufsichtlich genehmigt. Die Genehmigung tritt am Tag nach der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde – vorliegend am 10. Juli 2024 – in Kraft.

Freiberg, den 9. Juli 2024

Landratsamt Mittelsachsen
Dirk Neubauer
Landrat

**Bekanntmachung
des Landratsamtes Mittelsachsen
über die Genehmigung der 1. Änderung der Zweckvereinbarung
zwischen der Stadt Freiberg und der Gemeinde Weißenborn
über die Mitbenutzung der Grundschule Weißenborn**

Vom 8. Juli 2024

Das Landratsamt Mittelsachsen als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde für die Stadt Freiberg und die Gemeinde Weißenborn hat mit Bescheid vom 16. Juli 2024 (Az.: 11150203/180/Be) auf der Grundlage des § 74 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 in Verbindung mit § 72 Absatz 3 Satz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom

9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, wie folgt entschieden:

„Die 1. Änderung der Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Weißenborn (beauftragte Körperschaft) und der Stadt Freiberg (beauftragende Körperschaft) über die Mitbenutzung der Grundschule Weißenborn vom 08. Juli 2024 wird rechtsaufsichtlich genehmigt.“

Freiberg, den 16. Juli 2024

Landratsamt Mittelsachsen
Dirk Neubauer
Landrat

1. Änderung der Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Weißenborn und der Stadt Freiberg über die Mitbenutzung der Grundschule Weißenborn

Zwischen
der Gemeinde Weißenborn, Frauensteiner Straße 14
in 09600 Weißenborn,
vertreten durch den Bürgermeister Herrn Udo Eckert
– nachstehend Gemeinde Weißenborn genannt –

und

der Stadt Freiberg, Obermarkt 24 in 09599 Freiberg,
vertreten durch den Oberbürgermeister Herrn Sven Krüger
– nachstehend Stadt Freiberg genannt –

wird auf der Grundlage von §§ 71 und 72 des Sächsischen
Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit und §§ 21
bis 25 des Sächsischen Schulgesetzes folgende

1. Änderung der Zweckvereinbarung

geschlossen:

1.) Die Ziffern 2.1 und 2.2 der Zweckvereinbarung vom
06.09.2013 werden wie folgt geändert:

„2.1 Die Gemeinde Weißenborn ist Schulträger der
Grundschule in Weißenborn. Dem Grundschul-
bezirk Weißenborn werden (neben dem Gemein-
degebiet Weißenborn) folgende Straßen, Wege
und Plätze zugeordnet:

- Freiberg, Ortsteil Zug, Lindenallee (kom-
plett),
- Freiberg, Ortsteil Zug, Hillweg (komplett),
- Freiberg, Ortsteil Zug, Frauensteiner Straße
146, 148, 150, 150a, 151, 152, 153, 154, 156
und 157.

2.2 Die Vereinbarung gilt für alle Neuaufnahmen
ab dem Schuljahr 2024/2025. Vor dem Schul-
jahr 2024/2025 aufgenommene, Schülerinnen
und Schüler verbleiben an der jeweiligen Grund-
schule.“

2.) Diese Änderungsvereinbarung tritt mit Schuljahres-
beginn 2024/2025 zum 01.08.2024 in Kraft.

Freiberg, den 20. Juni 2024

Universitätsstadt Freiberg
Sven Krüger
Oberbürgermeister

Weißenborn, den 8. Juli 2024

Gemeinde Weißenborn
Udo Eckert
Bürgermeister

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40
01277 Dresden
Telefon: 0351 485260
Telefax: 0351 4852661
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

25. Juli 2024

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 229,49 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 55,88 Euro Postversand) bzw. 127,14 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 7,28 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 